

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe

2. Sitzung
13. Februar 2017

Beginn: 15.04 Uhr
Schluss: 17.33 Uhr
Vorsitz: Frank-Christian Hansel (AfD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung (neu)

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/0078

**Berlin wird Becherheld – mit dem Berliner
Mehrwegbecher Müll reduzieren**

[0014](#)
WiEnBe
UmVerk(f)
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung (alt 2)

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Finanzierung der Aufgabenerweiterung des Berliner
Stadtwerks**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0004](#)
WiEnBe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neuaufstellung des Berliner Stadtwerks
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0007](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Dazu machen wir heute eine Anhörung, zu der ich die Herren begrüße, die dankenswerterweise angetreten sind, um uns Rede und Antwort zu stehen. Dann kommen wir erst mal zur Begründung des Antrags durch die CDU-Fraktion.

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Stadtwerk ist im Rahmen der großen Koalition in der letzten Legislaturperiode eingerichtet worden. Wir waren sozusagen Mitbegründer des Stadtwerks, und wir wollen gern, dass es erfolgreich ist. Wir glauben, dass es dann erfolgreich ist, wenn es sich auf die Kernaufgaben konzentriert. Wir als CDU sagen: Eine Rekommunalisierung von Aufgaben ist immer dann gut, wenn sie dazu führt, dass der Bürger Preisvorteile hat. Deswegen haben wir auch der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe zugestimmt. Dass hier irgendetwas billiger werden soll, bezweifeln wir. Es liegt uns ein Gesetzesvorhaben der rot-rot-grünen Koalition vor, in dem es heißt, dass das Stadtwerk Elektrizität, Gas und Wärme sowie Energie- und Infrastrukturdienstleistungen erbringen soll. Das heißt auf Neudeutsch: Alles, was nicht schnell genug beiseite springt, wird künftig subsumiert und kann dort bei den Stadtwerken angelegt werden. Das gilt für das Fernwärmenetz, das gilt für das Gasnetz, das gilt für das Stromnetz, das gilt auch für das Wassernetz, weil all dies Infrastrukturdienstleistungen sind. Die Energieagentur soll ebenfalls mitverstaatlicht werden. All diese Dienstleistungen sollen ebenfalls miteingebracht werden in das Stadtwerk. Das halten wir an der Stelle für intellektuell unzulänglich, denn wir haben bisher weder ein Betriebskonzept noch ein Wirtschaftlichkeitskonzept noch in irgendeiner Form eine Leitlinie vorgelegt bekommen, weder von den rot-rot-grünen Koalitionsparteien noch vom Senat. Insofern sagen wir: Was sollen die 100 Millionen Euro, die in das Stadtwerk eingelegt werden, heute bewirken? 100 Millionen Euro ist zu viel, als dass wir sagen: Vergiss es! –, und es ist zu wenig, als dass man damit echte Infrastrukturdienstleistungen erbringen kann. Wir wissen von Vattenfall, dass die 350 Millionen Euro in ein einziges Kraftwerk in Marzahn einbringen wollen. Das heißt, echte Infrastruktur kostet viel Geld. Wenn man sich den Koalitionsvertrag anguckt, wenn man sich das anguckt, was sich die Enquete-Kommission vorgenommen hatte für ein solches Stadtwerk, dann heißt das ja auch, dass die Finanzierung von Energiedienstleistungen von der öffentlichen Hand erbracht werden soll. Auch das soll das Stadtwerk leisten. Ich glaube, dass wir uns allen keinen Gefallen damit tun.

Das, was wir brauchen, ist eine Technologieoffenheit. Wir müssen dafür sorgen, dass wir Start-ups, dass wir viele Akteure mit neuen Technologien am Markt der Energieerbringung, der Wärmeerzeugung etablieren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass es nicht zu einer Lethargie kommt, indem man versucht, mit irgendeiner Rekommunalisierung, einer staatlichen Lenkung irgendwelche ideologischen Barrieren einzubauen und Banden links und rechts aufzubauen. Insofern sind wir gespannt zu hören, wie das Stadtwerk aus heutiger Konzeption aufgebaut werden soll. Wir freuen uns über die vielen Anzuhörenden. Wir wollen von denen gern hören – und das ist unser Ziel –: Was macht Stadtwerke in anderen Bereichen erfolgreich? Ist es dort tatsächlich die reine Konzentration auf staatliche Eigentumseigenschaft oder

ist es die Kooperation? Ist es die Technologieoffenheit, und ist es tatsächlich die Ideologiefreiheit im Umgang mit neuen Technologien und Anforderungen im Umfeld von Wärme-, Strom- und letztlich auch von Verkehrsdienstleistungen? – Danke schön!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Die Begründung des Koalitionsantrags macht Herr Abgeordneter Stroedter.

Jörg Stroedter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Schultze-Berndt, wir waren schon ein bisschen weiter. Das ist jetzt – ich hätte beinahe gesagt – wieder die alte Westberliner CDU, die Rekommunalisierung als schwierig ansieht. Wir als Koalition freuen uns sehr, dass wir heute diese Anhörung haben, und wir haben auch einen entsprechenden Antrag dazu eingebracht. Wir haben in der Enquete-Kommission unter meiner Leitung anderthalb Jahre intensiv über dieses Thema diskutiert – die Berliner Wasserbetriebe waren ja dort, wo das Stadtwerk angesiedelt ist; Herr Simon ist heute mit seinen Vorstandskollegen auch da – und haben dort ja ein sogenanntes Berliner Modell erläutert, in dem all die Möglichkeiten, die wir jetzt durch die Gesetzesänderung schaffen wollen, beinhaltet sind. Wir halten es für sehr schade, dass wir das in der alten Koalition nicht realisieren konnten, dass auch die CDU dort auf der Bremse gestanden und es blockiert hat, weil wir davon überzeugt sind, dass es für die Stadt eine echte Chance ist, wenn wir mit dem Stadtwerk einen echten Player hier auf dem Markt haben. Im Übrigen ist das Beispiel Wasser, das Sie gerade nannten, ein Zeichen dafür, wie man erfolgreich rekommunalisieren kann. Das wollen wir auch im Bereich Gas, im Bereich Strom und ggf. im Bereich Fernwärme. Die Chancen, die sich hier bieten, sind groß. Im Augenblick ist das Stadtwerk geknebelt. Das Stadtwerk kann den Berlinerinnen und Berlinern nur in einem sehr eingeschränkten Maße die Möglichkeit bieten, Kunde zu werden mit der Möglichkeit, auch Stromhandel zu betreiben, so wie das im Berliner Modell vorgesehen ist. Mit der Erweiterung, mit der Gesetzesänderung sind andere Möglichkeiten gegeben.

Wir wollen, dass jede Berlinerin und jeder Berliner dort Kunde werden kann. Wir sind sicher, dass das auch ein großer Preisvorteil sein wird und eine Chance ist. Wir sehen das natürlich auch positiv im Sinne unserer Energiepolitik und würden uns darüber freuen, wenn alle im Parlament dem zustimmen würden. Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Wir hatten einen Volksentscheid zu diesem Thema, der nur an dem Quorum gescheitert ist. Das heißt, die große Mehrheit hat damals schon, übrigens bis breit in Wählerschichten der CDU hinein, dem Volksentscheid zugestimmt. Deshalb finde ich es gut, wenn wir jetzt an dieser Stelle über die Erweiterung des Stadtwerks sprechen. Ich freue mich – die Herren kennen das zum Teil ja schon aus der Enquete-Kommission –, dass wir heute darüber diskutieren können, wobei es uns weniger darum geht, noch mal das grundsätzliche Für und Wider zu erörtern, sondern vor allen Dingen darum, die Chancen eines solchen Stadtwerks in dieser Form, wie wir es planen, zu nutzen. Deshalb ist auch die finanzielle Ausstattung von 100 Millionen Euro richtig, und es ist richtig, dass die Koalition das vereinbart hat.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Stroedter! – Wir gehen jetzt in die Anhörung und beginnen mit Prof. Dr. Bernd Hirschl. Sie haben eine Präsentation vorbereitet, wie ich sehe.

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Genau! Ich versuche mal, mich mit der Technik zu akklimatisieren. – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! An Sie beide gleich mal die Entschuldigung, dass ich eine Präsentation mitgebracht habe, denn die befindet sich

jetzt in Ihrem Rücken. Ich weiß nicht, ob Sie das anderweitig irgendwie wahrnehmen können. Ich werde versuchen, das zu berichten.

Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir diese Diskussion jetzt weiterführen können. Ich selber war ja nicht ganz unbeteiligt an der Entwicklung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms, das wir vor über einem Jahr übergeben haben. Ich freue mich, dass jetzt so nach und nach die Umsetzungsschritte konkretisiert werden und einen Rahmen bekommen. Die Erläuterungen, die Sie jetzt gegeben haben, haben Sie uns nicht so ganz mit auf den Weg gegeben, insofern habe ich das Thema ein bisschen selbst interpretiert und führe für uns, die wir hier anwesend sind, ein bisschen in das Thema ein. Die Kurzvorstellung lasse ich mal weg, das können Sie dann nachlesen.

Kurzvorstellung Bernd Hirschl



Prof. Dr. phil. Dipl.-Ing. oec. Bernd Hirschl ist tätig

- **am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW GmbH (gemeinnützig), Berlin**
 - Leiter der Abteilung Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz
 - Das IÖW
 - seit 1985 Forschung und Politikberatung für nachhaltiges Wirtschaften
 - Standorte Berlin und Heidelberg, über 40 Mitarbeiter/innen aus Wirtschafts- und Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaften
 - Langjährige Erfahrungen in der Analyse, Entwicklung und Bewertung von Innovationen und Märkten sowie politischen Instrumenten und Klimaschutzstrategien
 - Unabhängig, 100% durch Drittmittel finanziert; überwiegend öffentliche Auftraggeber
 - www.ioew.de
- **an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg**
 - Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungsstrukturen, neue Professur seit 2012
 - <https://www.b-tu.de/fg-energieversorgungsstrukturen>

Ich habe zum Thema Finanzierung die Basisdaten mitgebracht, die Sie ja kennen, und versuche, die ein bisschen einzuordnen, damit wir uns der Frage nähern können, die Sie eben schon angerissen haben: Ist das eigentlich viel, oder ist das wenig? Es macht Sinn, sich da einfach mal die Kapitalausstattung von anderen anzuschauen. Wir bekommen also, wenn wir die 100 Millionen Euro nehmen, ungefähr 20 Millionen Euro pro Jahr über die nächste Legislaturperiode, wenn wir es gleich verteilen. Völlig klar, das ist das Eigenkapital, das heißt, wir bekommen hier noch einen Kapitalisierungshebel, der, wenn man sich die Beispiele von anderen Stadtwerken und anderen vergleichbaren kommunalen Unternehmen anguckt, mehr als das Doppelte möglich macht.

Finanzierung der Aufgabenerweiterung des Berliner Stadtwerks



- **Geplant laut KoA V r2g: EK 100-150 Mio. Euro über die Legislaturperiode (20-30 Mio/a)**
 - Je nach EK-Quote ist also ein Kapitalisierungshebel von mehr als dem Doppelten möglich
- **Zum Vergleich – EK-/GK-Ausstattung anderer Stadtwerke**

Stadtwerke	EK-Quote 2015	EK in Tsd. 2015	GK in Tsd. 2015
Stadtwerke München GmbH	47,80 %	4.900.630,00	10.661.354,00
MVV Energie AG Mannheim	33,80 %	1.314.326,00	4.583.980,00
Stadtwerke Hannover AG	29,50 %	449.227,00	1.522.817,00
Stadtwerke Köln GmbH	29,60 %	644.329,12	1.201.836,79
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	23,80 %	38.016,77	731.057,72
Stadtwerke Leipzig GmbH	37,80 %	250.100,00	660.900,00
Stadtwerke Stuttgart GmbH	39,00 %	173.008,89	439.944,29
Hamburg Energie GmbH	10,59 %	4.317,59	115.080,94
Stadtwerke Berlin GmbH	51,50 %	8.876,28	17.234,82

Quelle: eigene Zusammenstellung

3 Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Statement im Wirtschaftsausschuss Abgh. Berlin, 13.2.2017

i | ö | w

Wenn man sich die Zahlen in der Tabelle anschaut – ich habe die von ein paar anderen Stadtwerken mitgebracht –, dann sehen Sie einmal die Eigenkapitalquote aus dem Jahr 2015, dann die absoluten Zahlen von Eigenkapital in Tausend und die Gesamtkapitalausstattung. Ganz unten sehen Sie, noch schmal und bescheiden, unsere Stadtwerke Berlin. Sie sehen darüber, ganz gut vergleichbar, die Hamburg Energie, die schon über eine Gesamtkapitalausstattung von 115 Millionen Euro verfügt, und das Ganze geht dann weiter nach oben bis hin zum Primus Stadtwerke München, die bei 10 Milliarden Euro liegen. Sie sehen, die Luft nach oben ist noch ziemlich weiträumig, und Sie sehen, auch bei den Eigenkapitalquoten gibt es solche, die bei 10, 20 liegen, und es geht hoch bis zu den 50ern, die wir haben. Das heißt, darin können Sie den Hebel erkennen. Also mit den 20 Millionen pro Jahr, mit denen wir jetzt starten, liegen wir bei Weitem nicht im oberen Mittelfeld, und bei dem, wo wir dann rauskommen, den 100 oder ein bisschen über 100 Millionen Euro, haben wir noch nicht mal zu den Hamburgern aufgeschlossen. Das heißt, das ist eine Größenordnung, die durchaus noch als bescheiden bezeichnet werden kann, aber im Sinne eines organischen Wachstums – das muss ja auch erst mal unteretzt werden – sicherlich eine vernünftige Größenordnung. So würde ich das zunächst mal einordnen.

Finanzierung der Aufgabenerweiterung des Berliner Stadtwerks II



Refinanzierungswirkung des Stadtwerks

- unter der Voraussetzung, dass das Stadtwerk ...
 - weiterhin primär in dezentrale Erneuerbare Energien und zukünftig verstärkt in Energiedienstleistungen (u.a. energet. Sanierung) in der Stadt investiert
 - primär mit lokalen Partnern entlang der Wertschöpfungsketten zusammenarbeitet (Planer, Architekten, Handwerker, Händler, ggf. auch Zulieferer/Hersteller, F&E etc.)
 - (Stichwort: Energiewende-Clusterpolitik!)
 - Gewinne zweckgebunden reinvestiert werden,
 - nennenswerte Marktanteile / Kundenzahlen erreicht werden können
- ... entsteht ein enormer Wertschöpfungshebel für den städt. Haushalt
 - Gewinne bei lokalen Unternehmen
 - Einkommen bei beschäftigten Berliner/innen
 - Steuern auf kommunaler und Landesebene

4

Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Statement im Wirtschaftsausschuss Abgh. Berlin, 13.2.2017

i | ö | w

Die Frage, ob das gut finanziertes Geld ist, würde ich durchaus auch gern noch mal aufwerfen. Es ist ja jetzt entschieden, dass das aus dem vorhandenen Fonds finanziert wird. Wenn wir das Geld da nicht hätten, also wenn die Mittel umfangreicher abgerufen worden wären, dann würde es sich nach unserer Einschätzung trotzdem lohnen, das auch aus dem Haushalt zu bezahlen, weil es eine gute Investition ist. Da möchte ich auf die Refinanzierungswirkung des Stadtwerks hinweisen, die unter gewissen Voraussetzungen in enormer Art und Weise stattfinden kann, wenn wir weiterhin primär in dezentrale erneuerbare Energien investieren, was ja ein primärer Geschäftszweck der Stadtwerke ist und auch bleiben wird. Wenn wir zukünftig verstärkt in lokale Energiedienstleistungen gehen – energetische Sanierung ist da ein wichtiges Stichwort –, dann sind das im Wesentlichen Geschäftsfelder, die enorme Wertschöpfungseffekte vor Ort erzeugen. Erfahrungsgemäß agieren Stadtwerke – das wissen wir aus Untersuchungen von anderen Stadtwerken – sehr eng mit lokalen Akteuren. Berlin ist ein großer Raum, sodass das ganz gut machbar ist. Da können Sie die langen Wertschöpfungsketten entlanggehen von Planern, Architekten, Handwerkern usw., auch Händler, selbst bis in den Bereich Zulieferer und z. T. Hersteller. FuE ist auch noch ein wichtiger Punkt. Das sind alles Mitnahmeeffekte im Bereich der Wertschöpfung, die Sie hier generieren, wenn Sie ein starkes Stadtwerk implementieren. Das Ganze kann man noch unterstützen, wenn man eine Energiewendecolusterpolitik macht. An der Stelle ist das, glaube ich, eine Aufgabe, die man noch etwas gezielter angehen kann.

Wenn die Gewinne zweckgebunden reinvestiert werden – auch das ist ja ein Punkt, der vorgesehen ist – und wenn wir eine nennenswerte Größe erreichen, nennenswerte Marktanteile und Kundenzahlen, dann entsteht tatsächlich ein enormer Wertschöpfungshebel. Wir haben ja im Rahmen des BEK auch mal beispielhaft durchgerechnet für die Erneuerbaren, aber auch für

den Bereich energetische Sanierung, was da rauskommt. So ein Stadtwerk ist tatsächlich ein starker Implementor, der diese Wertschöpfungseffekte anreizt. Das sind Gewinne bei lokalen Unternehmen, die hier hängenbleiben, das sind die Einkommen bei den hier beschäftigten Berlinerinnen und Berlinern, und das sind letzten Endes die Steuern, die auf kommunaler und auf Landesebene anfallen. Wenn es Sie interessiert, können wir dazu gern mal eine Studie erstellen, um Ihnen das mal auszurechnen, aber das sind Erfahrungswerte und auch solche, die wir schon in Überblicksstudien erstellt haben, die mit solchen Stadtwerksaktivitäten verbunden sind.

Finanzierung der Aufgabenerweiterung des Berliner Stadtwerks III



- **Geplant: Finanzierung aus SIWANA**
- **Auch Finanzierung aus Haushaltsmitteln wäre aufgrund der vermutlich hohen Refinanzierungswirkung (Wertschöpfungs-Steuereffekte) gerechtfertigt**
- **Weitere Kapitalerhöhung durch Bürgerbeteiligung bei Investitionen möglich**
 - Indirekt: Bürger ist Geldgeber (stille Beteiligung, Genussrechte, Klimasparbriefe etc.)
 - Direkt: Bürger ist Geldgeber und Miteigentümer (Anteile an Projektgesellschaft / Genossenschaft etc.)

(siehe hierzu auch: Stadtwerke und Bürgerbeteiligung, VKU-Broschüre Sommer 2016)

Geplant ist die Finanzierung aus dem SIWANA-Topf. Eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln wäre aufgrund der vermutlich sehr hohen Refinanzierungswirkung durchaus gerechtfertigt. Ein interessanter Punkt ist auch, dass man natürlich noch weitere Wertschöpfungseffekte erzielen kann, wenn man Kapitalerhöhungen, z. B. durch Bürgerbeteiligung bei Investitionen, möglich macht. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, entweder indirekt, wenn die Bürger als Geldgeber beteiligt werden über verschiedene Formen, oder direkt, wenn sie Geldgeber und Miteigentümer werden, wenn man das mit Genossenschaftsanteilen und Ähnlichem koppelt. Da gibt es ja ganz interessante Überlegungen.



Neuaufstellung des Berliner Stadtwerks

Berliner Energiewende hat an Fahrt aufgenommen (viele Akteure sind committed) - braucht aber deutlichen Schub durch aktive EVU, die in allen Handlungsfeldern ...

- **mehr erneuerbare Energien implementieren**
 - deutliche (!) Steigerungen nötig
- **mehr Energiedienstleistungen anbieten**
 - deutliche (!) Steigerungen nötig
- **helfen Berliner Märkte und Marktpartner zu entwickeln**
 - Anbieterseitige Kompetenzen und Wettbewerb entwickeln, regionale Wertschöpfung stärken
- **bereits kurzfristig das Land Berlin beim Ergreifen seiner Vorbildrolle unterstützen**
 - Breite Aufgabenpalette!

6

Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Statement im Wirtschaftsausschuss Abgh. Berlin, 13.2.2017

i | ö | w

Zum Thema Neuaufstellung des Berliner Stadtwerks möchte ich mich im Wesentlichen auf das konzentrieren, was wir auch in diesem partizipativen Prozess des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms diskutiert haben. Vielleicht als Vorbemerkung: Die Berliner Energiewende hat in den letzten Jahren tatsächlich Fahrt aufgenommen. Viele Akteure sind diesen Zielen verpflichtet, haben sich auf die Ziele verpflichtet. Ich glaube, da hat auch dieser Beteiligungsprozess rund um die Enquete-Kommission und rund um das BEK und natürlich die Tatsache, dass Berlin diese Ziele verpflichtend gemacht hat, so einiges Unterstützendes bewirkt, dass viele Akteure hier das jetzt auf ihrer Agenda haben. Aber wir haben nach wie vor noch eine viel zu geringe Dynamik. Das heißt, wir brauchen aktive Player, die hier wirklich mit viel Elan vorangehen, und zwar in allen Handlungsfeldern. Wir haben dieses Programm ja bewusst nicht mit Top-5-Maßnahmen ausgestattet in ausgewählten Bereichen, sondern mit über 100 Maßnahmen in allen Handlungsfeldern, weil wir auf all diesen Handlungsfeldern aktiv werden müssen.



Neuaufstellung des Berliner Stadtwerks II

Viele erforderliche Maßnahmen für die Energiewende in der Breite stecken im BEK, das bald beschlossen wird

- **Rund ein Dutzend Maßnahmen werden „einem Akteur wie dem Stadtwerk“ oder dem Stadtwerk direkt zugeschrieben**
- **Darunter:**
 - Eigenrealisierung von EE-Projekten, Bürgerbeteiligung am EE-Ausbau,
 - Stromwende: Masterplan SolarCity, Strategie Windenergienutzung,
 - Sektorkopplung und Digitalisierung: Smarte Tarife, virtuelle Kraftwerke, Flexibilitätsoptionen entwickeln
 - Wärmewende: Nutzung oberflächennaher Geothermie und Abwärme, Langzeit-Wärmespeicher,
 - Effizienzwende: Finanzierungsoptionen für Effizienzmaßnahmen, Koordinationsstelle für betrieblichen Klimaschutz
 - Finanzierung: Berliner Energie- und Klimaschutzfonds

7

Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Statement im Wirtschaftsausschuss Abgh. Berlin, 13.2.2017

i | ö | w

Das heißt – ich habe hier mal einige aufgelistet –, wir brauchen mehr Erneuerbare, ganz klar, und zwar in allen Bereichen, eine deutliche Steigerung im Solarbereich und anderen, mehr Energiedienstleistungen – auch hier hängen wir ziemlich hintendran. Wir müssen eine ganze Reihe von Märkten überhaupt erst mal entwickeln. Wir starten jetzt beispielsweise in dem Bereich der Mieterstrommodelle. Dahinter muss aber noch eine deutliche Dynamik kommen. Letzten Endes hat sich das Land Berlin eine ganze Menge Aufgaben in das Gesetz hineinformuliert, und im BEK steht noch mehr. Das muss ja irgendjemand umsetzen, und dafür ist ein solcher Umsetzungsakteur, der eine breite Aufgabenpalette bedienen kann, sehr wichtig.

Wenn wir die Maßnahmen, die im BEK stehen, mal durchgehen: Die haben wir nicht formuliert unter der Maßgabe, das sind explizit Aufgaben für das Stadtwerk, aber bei vielen hat sich in der Diskussion gezeigt, dass diese Maßnahmen explizit einem Akteur wie einem Stadtwerk quasi auf den Leib geschneidert sind, und einzelne sind dann auch tatsächlich dem Stadtwerk direkt zugeschrieben worden. Ich will die gar nicht alle im Einzelnen durchgehen, Sie können die in diesem BEK-Programm, das wir übergeben haben, das aber auch der Senat vorgelegt hat, nachlesen. Das sind sehr viele im Handlungsfeld Energie, das sind einige im Handlungsfeld Wirtschaft, aber auch noch weitere. Da finden Sie übliche Verdächtige.



Neuaufstellung des Berliner Stadtwerks III

spezifische Vorteile & bevorzugte Aufgaben eines kommunalen Stadtwerks

- **Beispiel Masterplan SolarCity**
 - Verpflichtung zur Diffusionsstrategie für Mieterstrom, Gewerbe-Prosumer etc. (inkl. Dienstleistungen auch für Dritte wie Musterverträge)
- **Beispiel Strategie Windenergienutzung**
 - Besonderer Zugang
 - zu Stadtgütern und städt. Freiflächen am Stadtrand für Groß-WEA;
 - zu Wohnungsbaugesellschaften für Kleinwindprojekte (Bsp. Windrail Spandau)
- **Eigenrealisierung von EE-Projekten inkl. Bürgerbeteiligung**
 - EE-Errichtung ist primärer Geschäftszweck des Stadtwerks, Bürgerbeteiligung kann „verordnet“ werden
- **Klärung und stärkere Erprobung oberflächennaher Geothermie und (Abwasser)Wärme**
 - Kompetenz der Wasserbetriebe nutzen
- **Finanzierungsoptionen / Energie- und Klimaschutzfonds**
 - Kann durch komm. Stadtwerk gespeist werden (Beispiel SW H)

8

Prof. B. Hirschl, IÖW & BTU, Statement im Wirtschaftsausschuss Abgh. Berlin, 13.2.2017

i | ö | w

Ich will gleich die nächste Folie aufblättern, bei der ich noch mal die Frage beleuchten möchte: Warum sollte das explizit ein Stadtwerk machen und nicht andere Akteure? – Das liegt einfach daran, dass wir bei einem Stadtwerk spezifische Vorteile dieses Akteurs nutzen können und müssen und dass es sich dabei z. T. auch um bevorzugte Aufgaben eines kommunalen Stadtwerks handelt. Ich möchte mal den Masterplan Solarcity als eine solche Maßnahme hervorheben, die nach meiner Einschätzung sehr wichtig ist, wo wir wirklich eine Dynamik in Gang setzen müssen und in einzelnen Teilmärkten eine Diffusionsstrategie brauchen, auch wenn die Renditen noch gering sind. Das ist z. B. ein Unterschied zu den Akteuren, die am Markt unterwegs sind, die shareholdergetrieben sind. Wir brauchen eine Marktdynamik und Marktentwicklung auch dann, wenn Renditen gering sind, auch dann, wenn hier z. B. noch Anschubaktivitäten geleistet werden müssen, auch dann, wenn z. B. so etwas wie Standard-musterverträge, Erfahrungen in Pilotprojekten usw. erst mal generiert werden müssen, die dann auch Wettbewerbern dienen. Also wir müssen hier Teilmärkte im Energiebereich entwickeln und anschieben, und das muss eine Aufgabe für ein Stadtwerk sein.

Im Bereich Windenergie haben wir ziemlich gute Zugänge zu Stadtgütern, zu städtischen Freiflächen am Stadtrand, wenn wir uns die große Windkraft angucken, und im kleinen Bereich haben wir jetzt ganz spannende Projekte. Das schließt nicht aus, dass andere das auch machen können, aber wir haben enorm gute Zugänge. Das Stadtwerk hat z. B. bei diesem Projekt Windrail schön gezeigt, dass es mit den Wohnungsbaugesellschaften solche Projekte entwickeln kann, die auch noch nicht rentabel sind, aber die eben angeschoben und getestet und erprobt werden müssen. Das ist sicherlich ein Feld, wo sehr viele städtische Unternehmen als Kooperationspartner vorhanden sind.

Wir haben ganz deutlich gesagt: Die Stadt muss mehr Projekte auch selber realisieren. Das ist eine gute Aufgabe für ein Stadtwerk. Es muss das auch mit Bürgerbeteiligung machen. Insofern: Auch das ist etwas, was man z. B. dem Stadtwerk sozusagen verordnen kann – eher als Dritten. Denen kann man das nahelegen, aber nicht verordnen.

Wir haben ein paar Anwendungsfelder, wo wir auch vorankommen müssen, wie z. B. das Thema Geothermie, wo das Stadtwerk in dieser Konstellation von den Wasserwerken kommt, auch Abwasserwärme – das sind Themen, wo die Expertise der Wasserbetriebe genutzt werden kann. Das ist insofern eine ganz günstige Konstellation, die wir nutzen sollten. Aber auch in der Interaktion mit Genehmigungsbehörden sind hier der Zugang, den ein Stadtwerk hat, und die Vorkenntnisse sehr gut nutzbar. Dann haben wir hier noch das Thema Finanzierungsoptionen. Da haben wir für die Anschubfinanzierung jetzt schon eine Lösung, aber wenn man an so etwas wie revolving Fonds oder Ähnliches denkt, gibt es Beispiele, dass kommunale Stadtwerke Gewinne wieder zurückführen, wie z. B. im Fall von Hannover. Auch so etwas kann man mit einem kommunalen Stadtwerk sehr gut machen.

Merkpunkte



- **Entwicklung des SW nicht übereilen / überfordern, organisches Wachstum ermöglichen**
- **Aufgabenspektrum sukzessive erweitern, auch auf Basis des einsetzenden Monitorings (woraus sich zusätzliche Maßnahmen ergeben werden)**

Das nur als ein paar ausgewählte Beispiele, die eine Anregung geben sollen, welche Aufgaben dafür geeignet sein können und warum das bevorzugt ein kommunales Stadtwerk ganz gut machen kann. Ich hoffe, das dient als Anregung für die weitere Diskussion und bedanke mich. – [Beifall]

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Ganz lieben Dank, Herr Prof. Hirschl! – Wir machen mit der Anhörung weiter. Wir hatten ja eingeladen mit etwa fünf bis zehn Minuten Re-

dezeit bzw. Präsentationszeit. Vielen Dank, dass Sie sich daran gehalten haben! – Bitte, Herr André Horn, the floor is yours!

André Horn (BDO): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung! Ich bin quasi neu in der Runde und habe insofern einen Nachteil gegenüber den Kollegen. Ich will das auch so auffassen, wie der Kollege es gesagt hat: Was muss man machen, damit es funktioniert? –, und nicht das hinterfragen, was bei der Enquete-Kommission herausgekommen ist. Dafür hatten wir als BDO gemeinsam mit Partnern unter der Leitung des neuen Kämmerers eine Stadtwerkstudie gemacht, die in vielen Fragen, die auch Sie berühren, zeigt: Was macht eigentlich die Konkurrenz, und was machen die anderen Stadtwerke? – Ich glaube, damit das gelingt, was Sie hier vorhaben – das sind sehr ambitionierte Ziele –, muss man sich in den einzelnen Geschäftsfeldern genau angucken, was man macht und was man nicht macht. Ein großer Trend, was man auf jeden Fall machen muss, ist: Man braucht Kooperationspartner – nicht im Sinne einer Beteiligung, sondern von jemandem, der einem am Anfang hilft, auf die Beine zu kommen. Das sehen Sie auch, das ist ein ganz großer Trend. Der Trend zu Kooperationen ist eine der großen Sachen, die jetzt bei der Stadtwerkstudie herausgekommen sind, die wir gemacht haben. Das würde ich gern anhand der einzelnen Geschäftsfelder, die hier infrage stehen, durchgehen.

Fangen wir im Geschäftsfeld Vertrieb an! Ökostrom, habe ich gelesen, da gibt es in Berlin – ich habe es mir extra heute Morgen noch mal angeguckt – 169 Ökostromangebote. Sie haben hohe Wechselquoten in dem Bereich, er ist sehr preissensitiv. Sie haben bei diesen Wechselquoten Mehrfachwechsler, die das treiben. Sie haben einen großen Bereich von Kunden, die überhaupt nicht wechseln. Ich glaube, das sind die Kunden, auf die sich das Stadtwerk konzentrieren sollte. Sie müssen Kunden bekommen, die stabil zu den Stadtwerken stehen und nicht sozusagen den letzten Euro mitnehmen. Das ist ein Punkt, den man da beachten muss. Eine starke Marke müssen Sie aufbauen. Zu viel Geld würde ich in den Bereich Vertrieb auch nicht stecken, weil die Erfolgswahrscheinlichkeit, hier tatsächlich messbare Erfolge in Millionenhöhe zu erhalten, nicht besonders groß ist. Wir haben ja diese Studie mitgegeben zu Ihrer Information, gucken Sie sich mal an, was die Stadtwerke Burg z. B. gemacht haben: Die haben durch einen Kooperationspartner Skaleneffekte auch im Vertrieb erzielt, wo man die Kosten pro Kunde senken kann, indem man sich mit anderen zusammentut. Das muss auch eine Maßgabe sein, wie das Stadtwerk Berlin am Anfang agiert, denn Sie sind ein kleiner Player. Sie haben so gut wie keine Kunden und müssen erst mal Marktanteile gewinnen. Die Kosten, die Sie hier produzieren, wenn Sie alleine loslegen, sind sogenannte Fixkosten. Das heißt also, je mehr Kunden Sie haben, desto kostengünstiger ist der einzelne Kunde. Größe zählt, und das kriegt man durch Kooperationspartner schnell hin.

Zweiter Bereich – der Kollege sagte, Sie müssen viel mehr im Bereich erneuerbare Energien tun. Wir sind ziemlich viel unterwegs im Bereich Onshore-Wind. Da hat sich jetzt einiges getan. Das EEG wurde reformiert, das heißt, die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien sind nicht besser geworden, sondern der Wettbewerb um die günstigsten Kosten ist größer geworden. Wir haben ein Ausschreibungsmodell auf der einen Seite, das zum Aufbrechen dieser Subventionstatbestände führt, dass man sich sozusagen eingerichtet hat, man kriegt pro Kilowattstunde sicher x Cent, und wir sehen, dass sich durch das Ausschreibungsmodell diese ganzen Geschäftsmodelle deutlich ändern. Das Zweite, was ein großer Treiber in dem Bereich ist, ist, dass es so gut wie keine Renditen in dem Bereich gibt. Wenn Sie einen Windpark kaufen, strebt die Gesamtkapitalrendite im Bereich gen Null. Was machen die Stadtwerke? –

Auch das können Sie in der Studie nachlesen: Die gehen früher in die Wertschöpfung, wieder eine Kooperation, in dem Fall z. B. mit Projektierern, die Sie auch im Umfeld von Berlin haben. Da kann man sich zusammentun, man teilt sich das Risiko von Projektrechten – nur eins von zehn Projekten kommt tatsächlich an den Start –, um mehr Stufen der Wertschöpfung mitzunehmen und eine Rendite zu erhalten, die einigermaßen rentabel ist.

Der dritte Teil – Sie nannten es Energieeinsparen an öffentlichen Gebäuden –: Das wird unter den Oberbegriff Energiedienstleistungen gefasst. Alle Stadtwerke sehen das mit als Hauptwachstumsfeld. Sie gehen hier in den Wettbewerb mit örtlichen Handwerksbetrieben, mit örtlichen Ingenieurbüros, die das aktuell machen. Das heißt also, da wird jetzt nichts Neues geschaffen, aber als Treiber ist das sicherlich förderlich. Aber auch hier brauchen Sie, wenn Sie reinwollen, Know-how, Ingenieur-Know-how, das haben Sie jetzt nicht. Um das schnell aufzubauen, braucht man Partner. Ich nehme mal eine öffentliche Ausschreibung. Wenn Sie in eine öffentliche Ausschreibung reingehen, dann müssen Sie auch nachweisen, dass Sie es am besten können, und das kann man sich z. B. durch einen Partner holen, indem man sagt: Der Partner ist dafür da, das Know-how mitzubringen, und wir machen es gemeinsam mit dem und gewinnen so die Ausschreibung und machen das auch zu einem perfekten Angebot für die Bürger oder Mieter oder was auch immer hier in der Stadt. – Das wäre es fürs Erste.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Horn! – Wir machen weiter mit Herrn Olaf Kieser. – Bitte sehr!

Olaf Kieser (Stadtwerke Stuttgart): Vielen Dank! – Mein Name ist Olaf Kieser. Vielleicht, damit Sie mich kurz einschätzen können: Ich bin seit 1. April Geschäftsführer der Stadtwerke Stuttgart, war davor sieben Jahre lang in der Steiermark, in Graz, Vorstand von der Energie Steiermark, und davor zwölf Jahre bei der EnBW. Das heißt, mein Lebenslauf ist sehr energiegelastig.

Um von den Stadtwerken kurz zu berichten, uns gibt es ja auch noch nicht so lange, erst fünf Jahre: Wir haben vier Geschäftsfelder, die will ich Ihnen kurz beschreiben, und nachher stehe ich Ihnen gern für Fragen zur Verfügung. Das eine große Geschäftsfeld – das ist der Ursprung der Stadtwerke – ist das Netz, das Strom- und Gasnetz, das über eine Konzession mit der EnBW mehr oder weniger nicht verlängert wurde, sondern wir haben jetzt ein Modell, wo wir zwei Gesellschaften im Netzbereich haben. Das eine ist die Netzgesellschaft, wo die Assets drin sind, also die Hardware. Da haben wir 75 Prozent, und die BW Netze, das ist die Regionalgesellschaft der EnBW, 25 Prozent. Das heißt, wir haben die Mehrheit in dieser Gesellschaft, haben also das Eigentum jetzt übertragen und werden zum 1. Januar 2019 in der Betriebsgesellschaft, wo dann auch die Menschen drin sind, die die Netze betreiben, die Mehrheit bekommen. Im Moment hat 75 Prozent BW Netze, und wir haben 25 Prozent. Wir werden sukzessive in den nächsten zwei Jahren eine große Netzgesellschaft generieren und gestalten, dann auch die entsprechende Mehrheit haben und das operative Geschäft der Netzführung übernehmen.

Der zweite große Bereich ist, mehr oder weniger abgeschlossen, eine große Investition in den Bereich Wind, um das Thema erneuerbare Energien mit in das Portfolio zu bekommen, also nicht nur Netzbetreiber in Stuttgart zu sein, sondern unseren Kunden auch Ökostrom anbieten zu können, also erneuerbare Energien. Das ist ein großes Geschäftsfeld bei uns, die Windenergie.

Das dritte Geschäftsfeld ist das, was Sie gerade mit Vertrieb angesprochen haben. Wir haben eine Kooperation mit Schönau. Das ist ein kleineres Unternehmen im Schwarzwald, mit dem wir eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft haben, 60 : 40 die Anteile, die für uns auch die Beschaffung und das Portfoliomanagement machen. Wir machen dann in Stuttgart den Vertrieb, auch das, was Sie gesagt haben, was natürlich immer ein bisschen schwierig ist, nämlich neue Kunden zu gewinnen, weil wir über die Netzgeschichte nur die Netzkunden gewonnen haben, aber nicht die Vertriebskunden. Das heißt, wir müssen wirklich um jeden einzelnen Kunden, wie Sie es gerade beschrieben haben, mühsam kämpfen und haben da auch Erfolg. Aber es ist in der Tat kein einfaches Geschäft, diese Vertriebskunden zu gewinnen.

Im vierten Bereich – und das ist eigentlich das Spannende – geht es darum – urbane Energiesysteme nennt sich das bei uns in Stuttgart –, die Energiewende nach Stuttgart zu holen. Da kommen wir in den spannenden Bereich der Dienstleistungen, der erneuerbaren Energien auch im städtischen Umfeld und der Produkt- und Dienstleistungen. Da ist das Thema Einsparungen, Beratung bis hin dazu, Contractinglösungen aufzubauen. Es gibt im Wesentlichen vier Segmente, die wir zurzeit dort bearbeiten.

Ein großes Segment sind unsere Quartier- und Arealentwicklungen in der Stadt, wo wir mit der Stadt gemeinsam jetzt die Riesenchance haben – seit ich da bin, versuche ich das auch noch ein Stück weit zu innovieren, also mehr Innovationskraft in diese Projekte zu geben –, das Thema Smart City zu spielen, indem wir nicht nur die Nahwärmeversorgung dieser Areale übernehmen, sondern auch weiter in die Wertschöpfung gehen – die Stichworte sind schon genannt worden – mit Photovoltaik, mit Mieterstrommodellen, aber auch Elektromobilitätsangeboten in diesen Quartieren, mit Smart-Home-Lösungen, also das Ganze auch etwas innovativ und vom Lifestyle her attraktiv machen für die Bürger, die da wohnen.

Der nächste große Bereich in diesem urbanen Energiesystem sind die Wohnbauträger, wo wir Dienstleistungen ähnlicher Struktur anbieten – das Gesamtkonzept ist immer das Gleiche. Wir versuchen, über erneuerbare Energien, in der Regel Photovoltaik, über Speicherladeinfrastruktur und Elektromobilität Gesamtpakete anzubieten. Da bietet sich die Wohnungswirtschaft in gleichem Maße an.

Dann gibt es das Thema Gewerbekunden, wo wir auch Referenzkunden gewonnen haben, die mehr oder weniger energieautark agieren. Auch bei Wohnbau ist natürlich unser Ziel, das Ganze möglichst CO₂-frei zu gestalten über Wärmepumpen zum Beispiel, wo wir zurzeit ein sehr interessantes Projekt haben, und auch bei Gewerbekunden, Hotels. Wir haben in Stuttgart letzten Sommer ein Elektromobilitätsprojekt gestartet mit dem Verleih von Elektromopeds, was erst mal vielleicht nicht ganz dem Kerngeschäft entspricht, sich aber in mehreren Folgen als sehr wirksam herausgestellt hat. Zum einen kriegen wir dadurch den Zugang zu den Hotels, die alle sehr daran interessiert sind, Elektrofahrzeuge für ihre Kunden auszuleihen. Wir kriegen damit auch Zugang zu Photovoltaikprojekten, und letztendlich wollen wir das Thema Elektromobilität als Teil der Wende – das ist nicht nur eine Stromwende, sondern auch eine Wärmewende und eine Mobilitätswende – in Stuttgart vorantreiben. Sie haben sicher alle mitbekommen, dass wir in Stuttgart beim Feinstaubthema wirklich unter Druck sind, etwas zu unternehmen.

Der letzte große Bereich, den wir entwickeln, wo wir auch schon Erfolge haben, ist Photovoltaik für Privatkunden über ein Pachtmodell. Da ist die große Herausforderung – dieses B-to-C-Geschäft lebt sehr stark von Skaleneffekten –, einen günstigen Kanal zu finden, um diese Produkte zu verkaufen, wo wir dann ein skalierungsfähiges Produktportfolio haben, um dann eben auch die Vertriebskosten zu senken. Es ist mühsam. Wenn Sie bei 600 000 Kunden zu jedem einzelnen hingehen müssen, rechnet sich das in aller Regel nicht. Was wir da wiederum sehen, auch über Sharingmodelle und Elektromobilitätsmodelle: Wir glauben, dass der Weg zum Dach über die Garage geht, dass man das Thema emotionalisiert, dass dann der Kunde, der sich ein Elektro- oder Hybridauto anschafft, auch eine Photovoltaikanlage möchte, weil er einfach die Tankstelle auf dem Dach hat. – So ist das Portfolio. Wir sind da noch am Anfang, es gibt noch viel zu entwickeln. Dafür bin ich da, und das macht die Aufgabe spannend.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank dafür! – Dann unser Lokalmatador Herr Simon!

Jörg Simon (BWB): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke für die Einladung! Sie hatten eben kurz die Ausgangssituation beschrieben, Herr Stroedter; lassen Sie mich noch zwei Sätze dazu sagen! Wir haben im Jahr 2014 die Gesellschaft gegründet, das Berliner Stadtwerk, auf Basis des damals verabschiedeten Gesetzes und der Restriktionen, die nicht einfach waren, das heißt, keinen aktiven Betrieb, wenn man nicht Kapazitäten hat, die man selbst zur Verfügung gestellt hat, nur hier in Berlin und Brandenburg Aufbau alternativer Energien und diese 10 Millionen Euro als Startfinanzierung. Das sind schwierige Rahmenbedingungen. Eine weitere Rahmenbedingung, die wir hatten, war, dass wir alles, was wir machen, vor unserem Aufsichtsrat rechtfertigen müssen, um es wirtschaftlich darzustellen. Von daher sind das eine ganze Menge Restriktionen, die wir aber bisher, glaube ich, ganz gut gemeistert haben. Herr Nußbaum war damals unser Aufsichtsratsvorsitzender, der sich sehr aktiv die Wirtschaftlichkeit der Projekte immer wieder angeguckt hat.

Was haben wir damals eigentlich gemacht? – Wir haben auf Basis des Gesetzes, das Sie verabschiedet haben, verschiedene Modelle verglichen und gesagt, dass das Modell, das verabschiedet worden ist, schwer umsetzbar ist. Es gibt andere Möglichkeiten, das sogenannte Berliner Modell, das wesentlich besser zum Tragen kommen könnte. Das war unsere damalige Überzeugung, und die haben wir auch vertreten, aber die Entscheidung ist damals so gefallen, wie sie gefallen ist.

Wir haben uns de facto darum bemüht, hier in Berlin-Brandenburg Kapazitäten aufzubauen. Wir haben uns um Mieterstrom gekümmert, aber nicht aktiv um den Kundenvertrieb, weil es nicht wirtschaftlich ist, wenn man da nicht freie Fahrt hat.

Insgesamt, muss man ganz klar sagen, waren das immer sehr intensive Beratungen, auch im Aufsichtsrat, aber das Unternehmen Berliner Wasserbetriebe, die Gremien, stehen dahinter und haben das bisher unterstützt, weil sie der Meinung sind, dass wir etwas Vernünftiges angepackt haben.

Wo stehen wir im Moment? – Vielleicht ganz kurz zu den Zahlen: Das Berliner Stadtwerk hat einen Geschäftsführer, der zum Teil auch noch für die Wasserbetriebe arbeitet, aber sich zum Großteil um dieses Geschäft kümmert. Herr Irmer ist auch hier. Wir haben eine Belegschaft, ungefähr zehn Mitarbeiter, die aber von den Wasserbetrieben unterstützt werden. Wir haben insgesamt mittlerweile Kapazitäten aufgebaut, mit denen wir 20 000 Kunden versorgen könnten, wenn wir sie hätten. Das sind im Wesentlichen Windprojekte, aber auch sogenannte Mieterstromprojekte.

Jetzt muss man dazu sagen, dass wir darüber hinaus eine ganze Menge Projekte in der Entwicklung haben, gerade Windprojekte in Brandenburg, die aber vor dem Hintergrund der Restriktionen, die mittlerweile bestehen, und des Argwohns, den es gegenüber diesen Projekten gibt, sehr schwer umzusetzen sind.

Beim Thema Wind kann ich nur unterstützen, was Sie eben gesagt haben, Herr Horn: Das ist ein sehr schwieriges Geschäft, weil extrem viel Geld auf dem Markt ist, die Genehmigungsverfahren kritisch sind und die Renditen, die man damit noch erzielen kann, sehr klein sind. Von daher haben wir uns eine Menge Projekte angeguckt, teilweise wieder verworfen, und sind zu dem Ergebnis gekommen, das weiterzumachen, aber es ist schwierig.

Zum Thema Photovoltaik: Da haben wir mit den kommunalen Wohnungsgesellschaften eine ganze Menge angefangen. Wir haben eine Menge Dinge im Rahmen von Ausschreibungen gewonnen. Es gibt mittlerweile knapp über 1 MW Photovoltaikanlagen auf Dächern im Rahmen von Mieterstromprojekten. Wir bis Ende dieses Jahres insgesamt 6 MW haben, das ist ein nennenswerter Anteil. Hier ist eine Ausschreibung besonders zu erwähnen, die die BIM gemacht hat. Wir haben 4,8 MW gewonnen, und hier geht es darum, Photovoltaikanlagen auf Dächern des Friedrichstadtpalasts, von Gefängnissen, Schulen etc. zu errichten. Das ist eine sehr gute Sache, die im Wettbewerb vergeben worden ist.

Das Fazit aus meiner Sicht zu diesen Mieterstromthemen: Sehr interessant. Das sind Projekte, die für die Energiewende stehen, weil sie eine dezentrale Erzeugung und die Kombination mit dem Kunden haben. Diese Projekte sind wirtschaftlich, wenn sie eine gewisse Größenordnung erzielt haben. Das heißt, Sie müssen ungefähr mehr als 40 Prozent der Kunden aus dem Haus gewinnen, und Sie müssen eine gewisse Anzahl von Projekten haben. Aber da sind wir auf einem guten Weg, und ich glaube, das ist darstellbar.

Darüber hinaus haben wir im Bereich Energiedienstleistungen einiges bewegt. Mit dem Zoo und TXL sind wir im Gespräch. Abwasser ist eben genannt worden, und wir haben eine Menge Ansätze entwickelt, mit denen man einiges tun kann.

Insgesamt unterstützen wir die Aussagen im Koalitionsvertrag auf Basis des Berichts der Enquete-Kommission voll und ganz, weil diese Aussagen die Kritikpunkte aufgegriffen haben, die wir gesagt haben. Mit dem Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt und beschlossen werden soll, wird das Stadtwerk einen Sprung nach vorn machen können. Wir glauben, dass das die richtige Weichenstellung ist, aber man muss natürlich sagen, dass das nach wie vor ein Geschäft ist. Das ist kein Selbstläufer, sondern ein Geschäft. Es wird ein Kampf um Kunden sein, es wird ein Kampf um Ideen sein.

Sie hatten eben mehrmals erwähnt, dass es etablierte Player auf dem Markt gibt. Warum baut man sich eigentlich etwas Neues auf? – Dazu muss ich ganz klar sagen: Die etablierten Player auf dem Markt suchen sich alle kleine Einheiten, mit denen sie es flexibel steuern können, weil sie mit ihren großen, trägen Einheiten nicht klarkommen. Deswegen ist es genau richtig, ein Unternehmen zu haben, das eine gewisse Größe hat, die Flexibilität ermöglicht, was sich gerade neu aufstellen kann, neue Mitarbeiter akquirieren kann, auch die richtigen Mitarbeiter für diese Projekte. Deswegen glaube ich, dass es die Größe allein gar nicht ist. Der Unterschied zwischen Hecht und Karpfen ist durchaus da.

Ich glaube, dass das Land Berlin ein Unternehmen braucht, mit dem es die Energiewende steuert, und ich glaube, dass das Stadtwerk ein sehr guter Nukleus sein kann, um diesen ehrgeizigen Klimaschutzplan umsetzen zu können.

Wir haben uns vorbereitet, aber man wird jetzt nicht einfach den Schalter umlegen können. Wenn Sie dieses Gesetz verabschiedet haben, werden wir nicht einfach auf einen Schlag die Kundenzahl haben, die wir brauchen, und alles ist da. Dahinter steckt durchaus noch eine Menge Arbeit. Wir glauben aber, dass die finanzielle Ausstattung ausreichend ist. Wir haben unsere Projekte bisher mit 20 Prozent Eigenkapitalquote finanzieren können. Die Aussage von Herrn Hirschl bezog sich auf das Eigenkapital des Stadtwerks insgesamt. Deswegen

glaube ich, dass man damit einen guten Hebel hat, mit dem man einiges machen und ein paar Jahre klarkommen kann.

Zu den Geschäftsfeldern, die zu bedienen sind: Beim Aufbau des Privatkundengeschäfts ist es ganz wichtig, eine Marke aufzubauen, das muss man ganz klar sagen. Das müssen und werden wir tun. Dann gibt es die Frage, welche Kunden wir adressieren, und da sagen wir ganz klar: Wir sind das Berliner Unternehmen. Es gibt kein anderes Berliner Unternehmen, das im Moment hier Strom anbietet. Die GASAG ist kein Berliner Unternehmen und Vattenfall auch nicht. Die haben zwar den Anstrich, aber es sind keine. Deswegen, glaube ich, dass wir da ein Alleinstellungsmerkmal haben, mit dem wir wuchern können. Wenn man sich anguckt: Hamburg Energie hat mittlerweile über 100 000 Kunden –, und ich denke, da ist einiges möglich.

Zum Thema Geschäftsfeldaufbau, öffentliche Auftraggeber, Sanierung öffentlicher Gebäude, Dienstleistungen: Ich glaube, man kann mit den Partnern BIM, Bezirksämter und Krankenhäuser einiges bewegen. Die Mitarbeiter, die das können, haben wir zum Teil schon, aber das muss man in eine andere Skalierung bringen und in eine andere Größenordnung, aber es ist einiges möglich.

Mieterstrom hatte ich eben als positives Thema erwähnt, das wir wirklich sehen. Der Aufbau einer Mieterstromplattform, wo man wirklich mit kommunalen, aber auch mit privaten Wohnungsgesellschaften in Kontakt tritt, wo man Know-how anbietet, diese Leistungen und solche Mieterstromprojekte gemeinsam mit diesen Gesellschaften umsetzen kann, ist ein ganz wichtiges Thema, und das würden wir angehen. Hier geht es um öffentliche, aber auch private Gesellschaften, mit denen wir das tun wollen.

Darüber sehen wir das Thema Beteiligung an innovativen Infrastrukturprojekten. Urban Tech ist ein wichtiges Thema, Nachnutzung TXL. Wir sind an dem Projekt WindNODE beteiligt. Hier geht es darum, überhaupt die Wechselwirkung zwischen Netz und Stadtwerk zu optimieren. Wir haben uns bereits an einigen FuE-Projekten beteiligt, die in dem Zusammenhang sinnvoll sind.

Was wir dieses Jahr auch auf den Markt bringen werden, ist eine Bürgerbeteiligung. Wir glauben, dass es wichtig ist, hier die Verlinkung zwischen den Bürgern einerseits und den Projekten andererseits hinzubekommen. Hier werden wir einen ersten Schritt gehen und glauben, dass das ein wichtiger Schritt ist, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu fördern.

Insgesamt: Wir sind gut aufgestellt. Das Berliner Stadtwerk ist ein guter Nukleus mit den richtigen Ansätzen und den richtigen Menschen. Der Aufsichtsrat hat sich Ende letzten Jahres im Rahmen einer Klausur mit der Weiterentwicklung des Stadtwerks beschäftigt. Von daher sind wir auf Basis eines Wirtschaftsplans in der Lage, relativ kurzfristig zu agieren. Wir wollen das Ganze wirtschaftlich weiterentwickeln und glauben, dass es eine gute Grundlage dafür gibt. Darüber hinaus sind wir als Wasserbetriebe im Rahmen des Konzessionsverfahrens als Partner für Berlin-Energie beteiligt, die Unterstützungsleistungen im Rahmen der Konzession angeboten haben. – Vielen Dank! – [Beifall]

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Herr Simon, vielen Dank! – Herr Prof. Daniel Zimmer! Vielen Dank, dass Sie angereist sind, auch Dank an den Kollegen aus Stuttgart für die weite Reise. – Bitte sehr!

Prof. Dr. Daniel Zimmer (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Senatorin! Meine Damen und Herren! Wenn man als Letzter spricht, und das ist mein Schicksal mit diesem Nachnamen, dann bietet es sich immer wieder an, das alte Karl-Valentin-Zitat an den Anfang zu stellen: Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen. – Das würde aber hier nicht zutreffen, denn einiges ist noch nicht gesagt, und ich sehe es als meine Aufgabe, das hier anzuführen. Das macht es erforderlich, doch ein bisschen grundsätzlicher an das Thema heranzugehen.

Also noch mal zurück: Welche Ziele werden mit einer Kommunalisierung verfolgt? – Als Motive hört man immer wieder dreierlei: Erstens, umwelt- und klimapolitische Ziele, zweitens, verbraucher-, preispolitische Ziele, also niedrige Verbraucherpreise, und drittens, Geld verdienen; das heißt, eine Gemeinde könne Einnahmen generieren, um andere Politikziele zu verfolgen. Ich möchte auf alle drei Motive eingehen und im Sinne der Klarheit am Anfang auch sagen, dass wir drei verschiedene Ebenen unterscheiden müssen, wenn wir über Energiepolitik und das Energiegeschäft sprechen und uns insbesondere im Bereich der Elektrizität bewegen. Das ist zunächst die Produktion oder Erzeugung, zweitens die Verteilung in Netzen und drittens der Vertrieb oder Verkauf von elektrischer Energie. Das muss man auseinanderhalten, auch bei der Analyse: Mit welcher Maßnahme, mit welcher Politik kann man eigentlich welches Ziel verfolgen?

Ich beginne mit der Umweltpolitik, insbesondere mit der Klimapolitik, die hier in der Diskussion im Mittelpunkt steht. Zur ersten Frage: Kann man mit Netzen sehr wirksam Klimapolitik betreiben? – Dazu ist zunächst mal zu sagen: Welcher Strom durch die Netze fließt, entscheiden die Verbraucher. Es ist eben schon gesagt worden: Es gibt hier 169 Ökostromangebote. Es ist nicht erforderlich, noch ein weiteres auf den Markt zu bringen, um erneuerbare Energien in die Netze zu bringen. Es wird auch nicht mehr an erneuerbaren Energien durch die Netze fließen, wenn ein 170er dazukommt. Das ist zunächst das Wasser, das ich in den Wein gießen muss. Mit dem Betrieb von Netzen als solchen wird man keine wirksame Klimapolitik betreiben, auch deshalb nicht, weil der Gesamtausstoß an CO₂ in Europa durch das Zertifikat-handelssystem determiniert wird. Das heißt, wie viel an Kohlenstoffdioxid emittiert wird, wird durch dieses von manchen sehr kritisierte Zertifikat-handelssystem bestimmt und nicht durch lokale Politiken beeinflusst.

Auch wenn wir jetzt den Blick von den Netzen abwenden und die Erzeugung und den Vertrieb von Energien in den Blick nehmen, ist aus ganz entsprechenden Gründen der klimapolitische Nutzen eines städtischen Engagements doch zu bezweifeln, um nicht zu sagen zu verneinen. Wenn Bürger Strom aus erneuerbaren Energien beziehen wollen, ich habe es eben schon mal gesagt, dann können sie das von einer großen Zahl von Anbietern. Es ist nicht erforderlich, dass es zusätzlich noch von einem Stadtwerk angeboten wird. Oft sind einzelne private Anbieter günstiger als städtische Versorger.

Ich komme gleich wieder auf den Punkt, denn jetzt komme ich zum zweiten wirklichen Ziel, das man mit einer städtischen Energiepolitik verfolgt: Das sind die verbraucherpolitischen Ziele, Preisgünstigkeit der Versorgung. – In Deutschland können Bürger, wie eben gesagt, unter den Angeboten einer wirklich großen Zahl von Gas- und Stromversorgern wählen. Ein Vergleich von Preisen zeigt, dass städtische Versorger in der Regel nicht die günstigsten Angebote machen. Nach Berechnungen der Monopolkommission – wir haben sehr eingehende

Berechnungen gemacht, als ich der Kommission angehört habe – schlagen städtische Versorger oft höhere Margen auf als private, auch bei inhaltlich völlig vergleichbaren Angeboten. Etwa bezogen auf Strom, der ein ganz bestimmtes Ökostromzertifikat trägt, sind städtische Versorger oft weniger preisgünstig als die günstigsten privaten Anbieter. Um eine preisgünstige Versorgung der Verbraucher mit Strom sicherzustellen, erscheint ein städtisches Engagement an dieser Stelle nicht erforderlich.

Von diesem Aspekt, es brauche einen städtischen Versorger, um Preiswürdigkeit zu erreichen, kann man einen zweiten unterscheiden, der sich jetzt wieder auf die Netze bezieht: Nach diesem Argument könnte ein Erwerb der Netze dazu führen, dass die Strom- und Gaspreise sinken, weil ein städtischer Netzbetreiber geringere Entgelte für die Netznutzung berechnen könnte als ein profitorientierter Privater. Hierdurch könnten die Energiebezugskosten für alle Gas- und Stromkunden sinken, auch für die, die die Energie bei privaten Versorgern erwerben, weil die Nutzungsentgelte in den Endpreis einfließen. Was ist von dem Argument zu halten? – Zunächst ist festzustellen, dass die Netznutzungsentgelte einer staatlichen Regulierung durch die Bundesnetzagentur unterliegen. Die behördliche Regulierung der Nutzungsentgelte sorgt dafür, dass die Gewinne eines Netzbetreibers, ob es ein privates Unternehmen ist oder ein städtisches, nicht in den Himmel wachsen. Das Potenzial, nach einer Kommunalisierung durch einen Verzicht auf Gewinne an dieser Stelle die Versorgung der Verbraucher mit Strom und Gas preisgünstiger zu machen, ist daher sehr begrenzt, weil die Netznutzungsentgelte ohnehin gedeckelt sind. Vor allem zeigt sich: Man kann nicht beides gleichzeitig, nämlich Verbraucherpreise drücken und auf der anderen Seite ordentlich Geld verdienen, um andere Politiken damit zu fördern.

Damit bin ich beim dritten Gesichtspunkt, beim dritten Motiv, das immer wieder angeführt wird, nämlich Geld verdienen, um andere Politiken damit zu finanzieren: Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die Entgelte für den Netzbetrieb durch die Regulierungsbehörde, die Bundesnetzagentur, kontrolliert werden. Es sind ganz bestimmte Entgelte festgelegt. Die sind zuletzt im Oktober 2016 – auch insofern muss ich noch ein bisschen Wasser in den Wein gießen – erheblich gesenkt worden. Vor einem Vierteljahr sind sie für Altanlagen um etwa 28 Prozent gesenkt worden. Das Beispiel Hamburg zeigt, dass der Betrieb von Stromnetzen keine Lizenz zum Gelddrucken ist. Die Stadt müsste etwa 30 Millionen Euro Gewinn pro Jahr machen, um den Kauf der Netze zu refinanzieren. Im ersten Jahr ist das gelungen, im zweiten nicht, weil erhebliche Investitionen erforderlich waren. Auch in diesen Jahren geht es auf und ab mit den Gewinnen bei der Hamburg Energie. Für 2018 wird mit einem Gewinn von unter 10 Millionen Euro gerechnet, sodass für 2018 bei der Finanzierung eine Lücke ungefähr von 20 Millionen Euro droht. Ganz prekär könnte es werden – ich denke, darauf sollte man auch hinweisen –, wenn die von vielen erwartete Zinswende kommt und die öffentliche Hand wieder nennenswerte Finanzierungszinsen zu bezahlen hat. Ich möchte dann nicht in der Haut derjenigen stecken, die ursprünglich mal ein großes städtisches Engagement in der Energiewirtschaft gefordert oder beschlossen haben, wenn das bei höheren Finanzierungszinsen sehr defizitär wird.

Noch einige Worte ergänzend zur Fernwärmeversorgung: Hier liegen die Dinge wirklich etwas anders. Hier besteht kein großes überregionales Netz, bei dem man am einen Ende der Republik etwas einspeisen und am anderen Ende entnehmen kann, sondern Fernwärme wird notwendigerweise verbrauchsnahe erzeugt. Die Abnehmer, die Kunden, sind gefangen, das heißt, die Versorger haben eine Monopolstellung. Dementsprechend sind die Gewinnchancen

eines Betreibers, ob öffentlich oder privat, erheblich größer, prinzipiell größer als bei Gas und Strom. Die Stadt könnte also als Fernwärmelieferant möglicherweise günstigere Preise für ihre Bürger erreichen oder alternativ dazu einen erheblichen Ertrag erzielen. Allerdings sind auch hier Grenzen gesetzt, denn die Fernwärmeversorger unterliegen – anders als andere Erzeuger – zwar nicht einer staatlichen Regulierung durch die Bundesnetzagentur, aber sie werden immerhin durch das Bundeskartellamt kontrolliert. Auch Fernwärmeversorger können ihre Marktstellung nicht ad ultimum ausnutzen. Dementsprechend sind dann auch die Möglichkeiten einer Preissenkung nach Kommunalisierung limitiert. Ob es ein wirtschaftliches Geschäftsmodell ist, auf Kredit ein Fernwärmenetz zu erwerben und durch eine Kommune betreiben zu lassen, wird letztlich wie auch sonst bei den Netzen davon abhängen, ob es einem gelingt, ein besonders effizientes Management zu treiben.

Im Ganzen scheinen mir relativ wenig sachliche Gründe für die Kommunalisierung zu sprechen. Klimapolitik lässt sich auf diese Weise wohl nicht wirklich betreiben. Auch die Möglichkeit, Verbraucherpreise zu drücken oder zwecks Finanzierung anderer staatlicher Aktivitäten Einnahmen zu generieren, scheinen begrenzt, und ein wirksamer Verbraucherschutz scheint mir vornehmlich bei der Fernwärmeversorgung möglich zu sein. Das Thema scheint mir im Ganzen recht irrational behandelt zu werden. Herr Kieser hat schon mit einzelnen Worten darauf hingewiesen – Lifestyle und Emotionalisierung des Themas –, und natürlich ist es dann wieder rational für Politik, darauf aufzusetzen. Eine sichere Energieversorgung ist für Bürger von existenzieller Bedeutung, das ist klar, aber sie wird nicht unbedingt unsicherer, wenn sie von Privaten erfolgt. Die Versorgungspreise sind in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen, ohne dass die Gründe immer ganz transparent werden, etwa EEG-Umlage. Der Trend zur Kommunalisierung entspricht zudem einer größeren Strömung im Empfinden vieler Menschen, die dem Staat wieder eine stärkere Bedeutung zusprechen wollen. Dieses Empfinden ist durch die Finanzkrise erheblich befeuert worden, wobei es sich – damit gerate ich zu-gegebenermaßen vom Thema ab – da empfiehlt, näher hinzuschauen und auch die öffentlichen Banken, die Landesbanken, in den Blick zu nehmen, die in großem Maße amerikanische Kreditverbriefungen erworben und damit die Krise nach Europa gebracht haben.

So wenig man vielleicht darauf vertrauen kann, dass private Unternehmen in jedem Einzelfall das Heil über die Menschen bringen, so sehr sind doch daran Zweifel angebracht, dass es unbedingt alles besser wird, wenn der Staat sich der Wirtschaft bemächtigt. Die Bürger sollten sich von einer Kommunalisierung der Energiewirtschaft keine zu großen Wirkungen versprechen. – Danke schön! – [Beifall]

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Zimmer! – Ich darf auf ein Buch von ihm hinweisen, das „Weniger Politik!: Plädoyer für eine freiheitsorientierte Konzeption von Staat und Recht“ heißt. Ich habe es teilweise schon gelesen, bevor ich wusste, dass es zur Anhörung kommt. Da gibt es vielleicht das eine oder andere zur weiteren Lektüre. – Wir kommen jetzt zur Aussprache, und ich habe als Ersten den Kollegen Jahnke auf dem Zettel.

Frank Jahnke (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir werden in der Diskussion einiges zur Entideologisierung beitragen, so hoffe ich. Zunächst könnte man, wenn man sich die Zahlen von Prof. Hirschl ansieht, freuen. Das Berliner Stadtwerk hatte die höchste Eigenkapitalquote, aber das ist natürlich nicht der Grund, über den wir uns freuen können, sondern diese hohe Eigenkapitalquote, selbst höher als bei den Kollegen in München, liegt daran, dass die

Aktivitäten des Stadtwerks bisher nicht in dem Maße vorhanden sind, wie wir das gern hätten. Jetzt kommt das Go. Herr Simon hat angemahnt, dass das Stadtwerk bislang ein gefesselter – Riese kann man noch nicht sagen –, aber ein gefesselter Unternehmen war, das jetzt dieser Fesseln entledigt werden soll. Dass nicht auf Anhieb die Kunden in Scharen strömen werden, mag so sein, aber es ist tatsächlich so, dass – dies mag ich zum Vortrag von Herrn Zimmer anmerken – bei uns die Tarife zumindest gegenwärtig durchaus hergeben, dass das Stadtwerk ein günstigerer Anbieter ist als der Platzhirsch Vattenfall oder manch anderer am Berliner Markt. Von daher kann man nicht sagen, dass da etwas aufgeschlagen wird.

Quer durcheinander ging es allerdings gerade im letzten Vortrag, aber auch vorher schon beim Thema Netzrekommunalisierung und Stadtwerk. Bei uns in Berlin sieht es bislang anders aus. Wir haben hier das Unternehmen Stadtwerk als Tochter der Wasserbetriebe installiert, das zu trennen ist von dem Unternehmen, das sich um die Netze bewirbt, nämlich Berlin-Energie. Herr Simon hat darauf hingewiesen, dass da aber zumindest Beratungsleistungen vonseiten der Wasserbetriebe stattfinden.

Mich würde interessieren, weil dies auch im Beitrag von Herrn Kieser herauskam, dass im Grunde die Netze der Ausgangspunkt des Stadtwerks waren, inwiefern wir jetzt hier mit den Unbundling-Vorschriften, die es nach wie vor gibt, überhaupt zusammenkommen können, dass also ein Stadtwerk in längerer Hinsicht auch in Berlin Netzbetreiber sein kann, natürlich auch, um eventuell, was man bei anderen Stadtwerken hat, teilweise andere Bereiche im Querverbund zu finanzieren. Man hört das immer wieder. Darüber hätte ich jetzt gern von den Experten nähere Auskunft, inwiefern diese Querfinanzierung, wie es an anderen Orten üblich ist, nach wie vor möglich sein wird. München ist ein Musterbeispiel. Man muss sich nur mal ansehen, wie dort der öffentliche Personennahverkehr finanziert wird. Man muss nur mal in ein Schwimmbad in München gehen und das mit einem Schwimmbad in Berlin vergleichen: Dann sieht man, dass so ein Stadtwerk, das einen dermaßen großen Bereich hat, eine ganze Menge leisten kann.

Natürlich, in dem Punkt möchte ich Herrn Zimmer recht geben, besteht ein gewisser Widerspruch zu dem Thema Preisgünstigkeit für die Verbraucherinnen und Verbraucher und andererseits dem Wunsch, dass man hieraus andere staatliche Aufgaben mit finanzieren kann. Dass dies aber nicht unmöglich ist, zeigt bei uns die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe. Da wurde uns zunächst auch erzählt: Wollt ihr denn für die Berlinerinnen und Berliner günstiges Wasser anbieten, oder wollt ihr nach wie vor Erträge aus den Wasserbetrieben haben oder überhaupt erst mal die Rekommunalisierung refinanzieren? – Ja, wir haben beides ermöglicht, und ich glaube, dies könnte auch ein Modell sein, um in anderen Bereichen voranzukommen.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Herr Stroedter! Wir machen erst mal diese Runde, und Sie sind im zweiten Durchgang dran? – [Zuruf von Jörg Stroedter (SPD)] – Okay! Wir machen es fraktionsweise. – Bitte, Kollege Schmidt von der FDP!

Henner Schmidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Stroedter hat am Anfang gesagt, Sie seien sich alle einig, dass man so ein Stadtwerk gründen will. Wir waren in der letzten Legislaturperiode nicht dabei und sind uns auch nicht einig. Wir haben immer noch grundsätzliche Bedenken gegen eine solche Konstruktion. Das Thema Netze, das angesprochen wurde, Herr Jahnke, ist natürlich bei allen im Hinterkopf, denn letztlich ist geplant, eine Struktur zu schaffen, die ähnlich der Struktur ist, die Herr Kieser bei den Stadtwerken Stutt-

gart hat mit Netzen, Vertrieb und Erzeugung. Deshalb fand ich es erhellend, dass Herr Prof. Zimmer darauf hingewiesen hat, dass man in diesen Konstruktionen relativ wenig tun kann, um Energiepolitik zu treiben und dass man tatsächlich eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Risiken mit reinzieht.

Ich wollte jetzt bei einigen Vortragenden nachfragen, um darüber mehr zu lernen: Herr Prof. Hirsch! Sie haben auf der einen Seite genau wie der Kollege Stroedter davon geredet, dass man Geld erwirtschaften, in Fonds stecken und in Renditen reinvestieren kann. Gleichzeitig hat Herr Horn dargelegt, dass die Renditen in dem Geschäft gegen Null sinken, dass man erhebliche Vorinvestitionen leisten muss, um überhaupt die Größenordnung bei den Kunden zu erreichen, dass man so ein Geschäft betreiben kann. Sie haben auch gesagt, man soll in die Energiedienstleistungen gehen, die nicht so richtig viel Geld verdienen. Wie passt das eigentlich zusammen, dass man auf der einen Seite reinvestieren will und auf der anderen Seite eine ganze Menge Dinge hat, bei denen unklar ist, ob man überhaupt Geld verdient, und zusätzlich noch investieren muss?

Die Frage, ebenfalls an Sie, was angestoßen werden kann. Wir haben hier in Berlin als einen Akteur auch die Berliner Energieagentur, die aus meiner Sicht eine sehr gute Arbeit macht und sehr viele Modellprojekte angeleiert hat. Was darüber hinaus kann jetzt noch ein Stadtwerk tun? Denn mein Eindruck ist, dass die Energieagentur schon ziemlich viel macht.

Herr Kieser! Die große Vielzahl an Aktivitäten, die Sie entfalten, ist beeindruckend, aber was sind eigentlich die Dinge, wo Sie konkret etwas anders machen im Vertrieb, bei der Preissenkung, in der Investitionspolitik als zu der Zeit, als es noch anderen gehörte? Ihr Stadtwerk ist neu gegründet, genauso wie es hier geplant ist. Was haben Sie tatsächlich anders gemacht, um diese Ziele zu erreichen? Inwiefern passen eigentlich Investitionen in erneuerbare Energieprojekte, die bei Ihnen über ganz Deutschland verteilt sind, zu diesem Konzept? In Berlin will man eher regional sein. Warum macht es überhaupt Sinn, dass ein städtisches Stadtwerk deutschlandweit erneuerbare Energieprojekte aufsetzt, wohl wissend, dass sie sehr stark gefördert sind und es genügend andere Akteure gibt, die das auch tun könnten? – So weit erst mal meine Fragen! Mein Ziel ist zu verstehen, wie groß die wirtschaftlichen Unwägbarkeiten sind und wo die Hebel sind, wie so ein Stadtwerk tatsächlich Energiepolitik treiben und die Ziele erreichen kann, die man sich politisch vorgenommen hat.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Ich gehe davon aus, dass Sie die Fragen notieren. Wir sammeln sie, machen einmal die Runde, und dann hat auch die Senatorin das Wort. Dann kommen wir zum Antwortenpaket. – Herr Wolf, bitte sehr!

Harald Wolf (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Da Sie eine Literaturempfehlung gemacht haben, möchte ich auch eine machen, und zwar den ausführlichen Bericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ aus der letzten Legislaturperiode. Herr Prof. Zimmer! Wir haben über anderthalb Jahre eine Vielzahl von Fragen, unter anderem auch die von Ihnen angesprochenen Fragen, intensiv diskutiert und sind auch da schon zu der Erkenntnis gekommen, dass allein durch den Besitz der Netze sich die Qualität der durchgeleiteten Energie nicht ändert. Es war nicht schwierig, zu dieser Erkenntnis zu kommen. Wir sind aber weiter zu der Erkenntnis gekommen, dass die Verfügung über die Netze unter anderem einen Beitrag dazu leisten kann, die Netze für den Anschluss und die Integration erneuerbarer Energien zu ertüchtigen, und dass man dazu einen entsprechenden Umbau braucht, einschließlich der ent-

sprechenden IKT-Infrastruktur etc. Ich will jetzt nicht in diese gesamte Diskussion einsteigen, denn, wie gesagt, das wäre eine längere Diskussion. Nur der Hinweis: Die Themen, die Sie angesprochen haben, wurden alle intensiv erörtert, und wir sind mit sehr großer Mehrheit in den meisten Fragen zu anderen Schlussfolgerungen gekommen als Sie, unter anderem bei dem Thema, das Herr Hirschl angesprochen hat, nämlich die Frage des Aufbaus erneuerbarer Energien.

Wenn man sich die Studie „Klimaneutrales Berlin“ ansieht, spielt dort der Aufbau der Photovoltaik eine zentrale Rolle. Wir haben gegenwärtig, wenn man es mit den Ausbauzielen vergleicht, einen Ausbau von erneuerbaren Energien, insbesondere Photovoltaik, der weit hinter den Anforderungen zurückliegt. Wir bewegen uns gegenwärtig im Bereich von 1 bis 2 Prozent. Offensichtlich ist dieser Ausbau von anderen Akteuren nicht massiv vorangetrieben worden. Unser Interesse ist, dass wir unter anderem mit diesem Stadtwerk den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Photovoltaik in Berlin, in Ergänzung zur Windenregie in Brandenburg massiv vorantreiben wollen. Ich finde, dass mit den Mieterstrommodellen ein guter Anfang gemacht worden ist und dass dieser dezentrale Ausbau von erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben werden kann und das in Kombination mit dem Angebot von Energiedienstleistungen.

Ein kommunales Stadtwerk hat den Vorteil gegenüber anderen Energieversorgungsunternehmen, z. B. gegenüber Aktiengesellschaften, dass es mit anderen Margen arbeiten kann.

Das heißt nicht, dass es unwirtschaftlich arbeiten muss, aber die Frage, welche Verzinsung des eingesetzten Kapitals ich erwarte, ist eine andere, als das bei einem Unternehmen, das auf seinen Börsenkurs und auf den Shareholder-Value achten muss. Und das ist einer der Gründe, weshalb wir hier ein aktives Stadtwerk im öffentlichen Eigentum haben wollen.

Ich will an der Stelle auch noch mal an Herrn Simon die Frage nach Kooperationspartnern stellen, denn Herr Horn hat das in seinem Beitrag sehr prominent gemacht. Das kann nun sehr viel bedeuten. Man kann sich des Rechenzentrums von anderen bedienen, man kann sich einen Abrechnungspartner besorgen etc. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, welche Kooperationsstrukturen Sie gegenwärtig haben, welche Sie sich vorstellen können. Und vor dem Hintergrund des Gesetzentwurfs, der jetzt vorliegt, zum Thema, das, glaube ich, die nächste wichtige Etappe sein wird, Aufbau des Kundenstamms und Aufbau der Marke, nicht als Selbstzweck, sondern um eine entsprechende Größe zu erreichen, um auch investieren zu können und über Kunden auch noch andere Zugänge zu Energiedienstleistungen und dem Ausbau erneuerbarer Energien zu haben, denn dazu braucht man auch den Kundenkontakt – da würde ich mich freuen, wenn Sie dazu noch ein paar Ausführungen machen können.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Wolf! – Kollege Buchholz!

Christian Buchholz (AfD): Vielen Dank noch mal für die Vorträge! – Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, ob es überhaupt vorstellbar oder darstellbar ist, ein Stadtwerk ohne eigene Produktionskapazität, ohne eigene Netze aufzuziehen und das Ganze wirtschaftlich zu betreiben oder sei es wenigstens selbsttragend. Ich habe bei Herrn Hirschl gehört, da gab es verschiedene Vorschläge über die Gesellschaftsform, über Genossenschaften, Klimasparbriefe. Die Form der Aktiengesellschaft war gar nicht erst in Erwägung gezogen worden, aber das hat Herr Wolf jetzt gerade erklärt, warum das nicht infrage kommt. Nur die Frage ist: Wie weit könnte sich so etwas tragen? Ist das ein Zuschussgeschäft, für das der Steuerzahler dann jahrelang oder jahrzehntelang bluten muss, oder wird das umgangen eben durch das genossenschaftliche Model Klimasparbriefe, dass dadurch eben mögliche Defizite gedeckt werden? Wie kann so etwas aufgezoogen werden bei den ganzen Zielkonflikten? Erst mal keine eigene Infrastruktur, das muss zugekauft werden, oder es muss in den Kauf von Netzen und Erzeugungskapazität investiert werden, in die Modernisierung. Am Ende soll dann noch ein möglichst wettbewerbsfähiger, niedrigerer Preis für den Endverbraucher herauskommen. Wie ist so etwas überhaupt darstellbar? Ist es überhaupt darstellbar? – Das ist meine Frage dazu.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Herr Schultze-Berndt, bitte!

Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU): Vielen Dank für die Vorträge! – Wir haben zum Thema Klimaschutz das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit. Und wenn ich mir das bisher angehört habe, dann stelle ich fest, dass das Stadtwerk zum Thema Versorgungssicherheit keinen Beitrag leisten wird. Und wenn ich mir das anhöre, dann wird es zum Thema Bezahlbarkeit auch keinen Beitrag leisten sollen, weil es sozusagen Rendite erzielen soll. Dann kann es nur einen wichtigen Effekt zum Thema Umweltverträglichkeit haben und dort wichtige Impulse setzen. Wenn wir das Hamburger Stadtwerk als Blaupause nehmen, dann stellen wir fest, dass nach der Gründung des Stadtwerks sämtliche öffentliche Träger, alle Wohnungsbaugesellschaften sozusagen, Kontrahierungszwang haben, mit den Stadtwerken zusammenzuarbeiten, das heißt, Innovation ist an der Stelle ausgebremst. Und wenn wir das nicht wollen, weil wir wissen, dass wir klimapo-

litisch nur dann nach vorne kommen können, wenn wir riesige Technologieschritte nach vorne machen, wir brauchen Start-Ups, wir brauchen Innovationen, wir brauchen Ideen, wir brauchen Technologieoffenheit, und wir brauchen das mit Sieben-Meilen-Schritten und nicht mit dem Tempo einer Nacktschnecke einer öffentlichen Verwaltung, sondern wir müssen da nach vorne gehen, ist für mich insofern die Frage: Wie können wir das Stadtwerk aufbauen? Wie müssen wir es strukturieren? Das sind meine Fragen für die zweite Runde. Wie muss das Stadtwerk aufgebaut werden? Welchen Rahmen müssen wir uns im Land Berlin geben, um dafür Sorge zu tragen, dass Technologie gemacht in den Köpfen, gemacht in der Innovation der Menschen hier in Berlin tatsächlich auch ankommt und wertvolle Impulse in dem Bereich bringen kann?

Ganz kurz noch: Gemäß Koalitionsvertrag soll das Stadtwerk auch soziale Ziele erfüllen. Es soll die Bekämpfung von Energiearmut, es soll die Zurverfügungstellung energiesparender Geräte geben, es sollen Sozialtarife für sozial schwache Personen angeboten werden. Wie ist denn die Erfahrung bei anderen Stadtwerken in der Bundesrepublik Deutschland, wie weit das mit dem Ziel einer Volksaktie durch Bürgerbeteiligung – alle Leute kriegen eine feste, stabile Rendite –, wie kann denn das erzielt werden? Wie verträgt sich das denn?

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Wir haben jetzt noch auf der Redeliste Herrn Dr. Taschner, Herrn Stroedter und Herrn Gräff, dann wird die Senatorin ein Statement abgeben, und dann würden wir in die Anhörungsrunde Nummer 2 kommen. – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch erst mal vielen Dank natürlich an alle Experten, die heute gekommen sind! Ich finde es sogar sehr interessant, was ich heute alles gehört habe, und ich glaube, als ersten Punkt nehme ich mit, so wie das Stadtwerk derzeit als Bonsai existiert, kann es nicht bleiben, wir haben einen dringenden Reformbedarf, weil es vorne und hinten nicht passt so, wie es damals aufgestellt worden ist.

Was mich überrascht hat, ist, dass ich dann doch relativ viele, ich würde mal sagen, veraltete Stadtwerksansichten gehört habe, wo es lediglich um Preisvorteile geht, um den traditionellen Stadtwerksbetrieb, so wie wir es irgendwie 10, 20 Jahre zuvor kannten, denn eines ist klar: Wenn diese Stadtwerke erfolgreich sein sollen, dann dürfen sie sich nicht nach dem alten Modell aufstellen, sondern müssen sich als neues Modell aufstellen, und ich finde, da hat Herr Hirschl heute sehr gut dargelegt, was so ein Stadtwerk eben mehr leisten kann. Ein aktiver Player, hat er gesagt, ein Umsetzungsakteur in dieser Stadt für die vielen Sachen, die wir uns vorgenommen haben – übrigens gemeinsam im BEK; ich möchte als Literaturempfehlung hinzufügen, ins BEK zu schauen, wo wir jahrelang mit der Stadtgesellschaft, mit allen Experten hier Dinge entwickelt haben –, dass wir die Wertschöpfung hineinkommen, dass wir versuchen, neue Märkte zu entwickeln.

Und daraus ableitend auch die Frage an Herrn Kieser aus Stuttgart genau in dieser Sache: Sie haben schon kurz angerissen, Sie machen ja da viel traditionelles Stadtwerkgeschäft, aber eben auch diese Urban-Energy-Systems. Wie weit haben sie hier Märkte schon entwickelt? Inwieweit haben Sie die Wertschöpfung nach vorne getrieben? Wo konnten Sie da schon die Impulse setzen?

Dann wurde auch viel darüber gesprochen, ein Stadtwerk macht nur Sinn, wenn es günstigeren Strom anbietet. Ich denke, jeder in Berlin freut sich, wenn er einen günstigeren Strompreis bekommen kann – keine Frage –, aber das ist sicherlich nicht die einzige Aufgabe eines solchen Stadtwerks. Herr Simon, insbesondere hier noch mal an Sie die Frage: Wo sehen Sie sich im Preissegment – Sie bieten ja schon Strom an –, insbesondere zu dem Grundversorger Vattenfall? Bieten wir da nicht möglicherweise schon über den Stadtwerkestrom einen erheblich günstigeren Tarif an? Im Moment sind, glaube ich, über 75 Prozent in Berlin immer noch beim Grundversorger Vattenfall – so viel mal zur Wechselwilligkeit von Leuten. Wie kommen wir an diese Personen heran? Aber wir bekommen die Bindung an so ein Stadtwerk in der Stadt sicherlich nicht nur hin, indem wir Strom verkaufen, sondern indem wir Bürgerbeteiligung machen. Da sind verschiedene Sachen von verschiedenen Experten auch angerissen worden, auch hier an Sie die Frage, Herr Simon: Wie stellen Sie sich Bürgerbeteiligung vor? Wie können die Bürgerinnen und Bürger eben auch von einem entfesselten Berliner Stadtwerk profitieren?

Dann wurde auch mal so gesagt: Na ja, Stadtwerke sind sozusagen keine Innovationstreiber, eher Innovationshemmer. – Herr Hirschl, an Sie die Frage, Sie hatten es kurz angerissen, auf einer Folie stand, dass ein Stadtwerk auch ein wesentlicher Akteur im Bereich „Forschung und Entwicklung vorantreiben“ sei: Inwieweit kann gerade an diesem Forschungsstandort Berlin ein Stadtwerk, so wie es die Koalition plant, noch ein Plus, noch ein Mehr an Klimaschutz leisten? Und insgesamt vielleicht an Sie, weil es vorher auch noch mal von Herrn Zimmer so ein bisschen dargestellt wurde, der den Klimaschutznutzen eines Stadtwerks nur am Ökostromvertrieb gemessen hat: Inwieweit kann eben über diese anderen Maßnahmen, über diese anderen Felder hier ein solches Stadtwerk auch wirklich einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz, zur Klimaneutralität Berlins leisten? – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Danke auch! – Jetzt der Kollege Stroedter!

Jörg Stroedter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst mal auch noch von meiner Seite und von unserer Fraktion herzlichen Dank an alle Fünf, wobei, Herr Prof. Dr. Zimmer, ich schon ein bisschen überrascht über Ihren Vortrag war, denn wir haben Sie eigentlich zum Thema Stadtwerk eingeladen und nicht zu der Frage der Rekommunalisierung von Gas und Strom. Ich weiß gar nicht, wenn bei Ihnen in der Prüfung ein Student diesen Vortrag gehalten hätte, ob Sie dann nicht gesagt hätten, Thema verfehlt, aber es war trotzdem interessant. Es sei mir trotzdem mal gestattet, das vielleicht einleitend von meiner Seite aus zu sagen.

Der zweite Punkt ist: Der Kollege Schultze-Berndt hat das Thema Versorgungssicherheit hier angesprochen. Sie waren heute vielleicht bei Vattenfall. Ich habe erhebliche Bedenken, was Vattenfall und Versorgungssicherheit à la longue betrifft, weil im Augenblick niemand weiß, wie lange die Schweden noch in diesem Geschäft drin bleiben. Und auch die Aktivitäten, die bei der GASAG ablaufen, die gegenseitige Konkurrenz um Kunden dort in dem Bereich ist aus meiner Sicht sehr kritisch zu sehen. Und da wäre es gut, wenn wir einen Player hier auf dem Markt haben, der sozusagen echt eine Rolle spielt.

Insofern will ich mich mit meinen Fragen auf das beschränken, was Herr Simon hier vorgebracht hat, weil er schließlich der Verantwortliche dann auch für das Stadtwerk ist. Herr Simon, ich würde gerne auf dem aufbauend, was wir schon in der Enquete-Kommission besprochen haben, und diesen Bericht kann ich, wie gesagt, allen noch mal ausdrücklich empfehlen,

noch ein paar konkrete Fragen an Sie stellen. Bisher war das mit dem alten Stadtwerk so, Kollege Dr. Taschner, der auch in der Enquete-Kommission war, hat das noch mal geschildert, dass die Möglichkeiten einfach viel zu sehr eingeschränkt waren. Wie sehen Sie jetzt den Vertriebsaufbau? Wie wollen Sie jetzt rangehen? Sie machen nach dem alten Modell im Augenblick gar keine Werbung, nach dem neuen Modell, wenn wir jetzt die Gesetzesänderung haben, können Sie das machen. Wie sehen Sie dort die Chancen?

Zweitens noch mal zum Aufbau der Kundenzahl: Was für eine Entwicklung ist jetzt entsprechend möglich? – Dann zum Thema Kapitalausstattung: Wie wollen Sie das von der Koalition vorgesehene Kapital verwenden? Und à la longue: Was haben Sie da für weitere Vorstellungen, die erforderlich sind, wenn man einen weiteren Kundenaufbau entsprechend machen will?

Zum Thema Personalentwicklung: Im Augenblick sind Sie ein ganz kleines Unternehmen. Sie haben, glaube ich, gesagt, bis zu zehn Mitarbeiter, die Sie im Augenblick haben, mit Unterstützung natürlich durch Mitarbeiter der BWB. Was für Anforderungen bestehen, wenn man 100 000 Kunden zum Beispiel haben will, an eine entsprechende Personalausstattung?

Dann hätte ich gerne von Ihnen etwas zum Thema Energiewende in einer entsprechenden Antwort gehört. Und schließlich, weil das auch ein bisschen von Herrn Prof. Dr. Zimmer hier infrage gestellt worden ist, im Rahmen der Rekommunalisierung geht es auch um Gas und um Strom. Wasser ist ja eine Erfolgsstory, zumindest dazu, hoffe ich, steht die CDU nach wie vor. Da sieht man übrigens – die Preisreduzierungen sind ja sowohl im Frischwasser- als auch im Abwasserbereich eklatant –, dass also für die Endverbraucher auch Chancen bei Gas und Strom bestehen. Welche Synergieeffekte würden Sie denn sehen, wenn Sie die Gesamtverantwortung für die drei Bereiche Wasser, Gas und Strom in rekommunalisierter Hand entsprechend haben? Vielleicht können Sie dazu auch noch mal etwas sagen. – Danke sehr!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Kollege Gräff!

Christian Gräff (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank auch noch mal für die Vorträge! Ich habe eigentlich nur eine Bemerkung bzw. vielleicht eine kleine Frage. Hochgeschätzter Herr Simon, die Bemerkung mit dem Aufsichtsrat, die hat mich, ehrlich gesagt, dazu animiert, mich noch mal zu melden. Ich gehe mal davon aus, dass auch die jetzige Aufsichtsratsvorsitzende Nachfragen zur Wirtschaftlichkeit der Berliner Wasserbetriebe stellt und auch zu der der Stadtwerke. Ich hoffe das zumindest und glaube das auch, also insofern war das vielleicht spitz auf die Aufgaben gemeint, die man nicht richtig durchführen konnte.

Ich fand den Vortrag von Herrn Prof. Dr. Hirschl sehr interessant. Dafür noch mal ganz herzlichen Dank! Und ich hätte auch noch mal die Bitte, ich glaube, das ist schon genannt worden, auf zwei Dinge aus Ihrer Sicht einzugehen, und zwar auf die Frage der Möglichkeiten von Bürgerbeteiligung und von Kooperationen. Uns als CDU-Fraktion beispielsweise, wenn denn dieses Gesetz kommt, wovon wir mal ausgehen, weil die Koalitionsfraktionen dazu stehen, ist das Thema Kooperationen schon sehr wichtig, denn wir haben viele Player in Berlin. Möglicherweise kennen Sie auch einige, wie die Berliner Energieagentur und viele andere Gesellschaften, auch Start-up-Unternehmen, die sich mit dem Thema beschäftigen, und insofern glaube ich, wenn es denn so entsteht, und so werden diese Stadtwerke kommen, dass die Fra-

ge von Kooperationen, von Bürgerbeteiligung, Modelle gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln, eine ist, die ganz spannend sein kann. Und das würde mich noch mal aus Ihren Erfahrungen heraus interessieren, was Sie da gesammelt haben, was Sie sich da vorstellen könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Frau Senatorin, Sie haben das Wort!

Bürgermeisterin Ramona Pop (SenWiEnBe): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Anzuhörende! Ich freue mich, dass wir uns in dieser ersten inhaltlichen Sitzung unseres Ausschusses mit dem Thema Stadtwerk und Betriebesetzänderung befassen, weil es tatsächlich eines der Kernprojekte auch dieser Koalition ist.

Gestatten Sie mir ein paar Vorbemerkungen: Sie können davon ausgehen, dass die Aufsichtsratsvorsitzende – und Sie kennen mich, die meisten von Ihnen kennen mich lange genug, um das zu wissen – sicherlich auch auf all diese Fragen einen Blick haben wird, aber die Aufsichtsratsvorsitzende sagt an dieser Stelle auch – und da bitte ich einfach um eine etwas andere Wortwahl –, dass die Berliner Wasserbetriebe wahrlich nicht das Schnecken-tempo einer Behörde hinlegen. Die Berliner Wasserbetriebe sind ein sehr gut geführtes und gut aufgestelltes Unternehmen, das ganz wunderbar im Wettbewerbsgeschäft unterwegs sein könnte, aber jetzt eben als Berliner Landesunternehmen eine sehr gute Figur macht, und da finde ich: Wir können uns hier politisch streiten, wie wir wollen, aber nicht auf Kosten unserer Landesunternehmen. Sehen Sie es mir nach, das musste ich jetzt loswerden an dieser Stelle!

Ich möchte daran erinnern, dass es vor einigen Jahren in Berlin einen Volksentscheid zum Thema Energiewende, zum Thema Rekommunalisierung gegeben hat. Immerhin 600 000 Stimmen sind hier zusammengekommen, die sich für eine andere Energiepolitik im Land Berlin eingesetzt haben. Und auch diejenigen, die so viel von Bürgerbeteiligung sprechen, sollten zumindest mal einen Gedanken daran verschwenden, dass wir auf dieser Grundlage hier auch eine politische Verantwortung haben. Wir wollen hier politisch agieren und uns dessen auch annehmen, was uns da aufgetragen worden ist. Die Aufgabe heißt Energiewende. Die Klimaschutzziele, die das Land Berlin sich gesetzt hat, sind bekannt. Und wir kennen auch alle anderen Zahlen – dass im Bundesländervergleich bei erneuerbaren Energien Berlin noch hinter dem Saarland rangiert, was, glaube ich, durchaus doch mehr als verbesserungsfähig ist, um nur mal eine Benchmark zu nennen, wo wir dringend Handlungsbedarf sehen.

Wenn man sich die Energiewende anschaut, und ich glaube, das hat Herr Dr. Taschner auch angesprochen, bewegen wir uns einfach in einem anderen Umfeld. Wenn man sich anschaut, dass die Energiewende inzwischen die großen Energieversorger dazu zwingt, sich flexibler aufzustellen, sich in neue Geschäftsmodelle zu begeben – vor Kurzem hat RWE die Tochter Innogy gegründet, E.ON hat es vor längerer Zeit schon mit der Abspaltung des alten Geschäfts vom neuen Geschäft gemacht, und sie steigen eben auch in diesen Markt mit ein –, dann kann ich nur sagen: Wir sind da sehr weit vorne und haben die Nase vorn, wenn wir mit unseren Stadtwerken einsteigen, um die Energiewende weiter zu befördern, denn die Energiewende ist dezentral, sie findet dezentral statt, und die Stadtwerke spielen dabei eine immer größere Rolle, weil sie sich flexibler und schneller an die neuen Gegebenheiten anpassen können, was die großen Riesen bislang nicht besonders gut schaffen.

Wir haben uns hier drei Säulen vorgenommen, die wir angehen wollen, und da möchte ich auch mit dem Missverständnis aufräumen, das klang eben bei Herrn Simon und auch bei Herrn Kieser an, es geht nicht darum, einen weiteren Ökostromanbieter auf den Markt zu bringen. Ja, auch das werden wir tun, aber die drei Säulen sind sehr eindeutig: Erzeugung von erneuerbaren Energien, der Vertrieb erneuerbarer Energien und als Drittes die Energiedienstleistungen, die wir anbieten wollen, wofür wir eben die Investitionsmittel brauchen, die, wie richtig gesagt worden ist, in Höhe von 100 Millionen Euro auch als Hebel dienen, um mehr Mittel zu generieren. Wenn ich dann noch zitieren dürfte, was das Sondervotum der CDU-Fraktion und von Prof. Dr. Haucap zum Thema Stadtwerke sagt, ich zitiere:

Aus der Sicht der CDU-Fraktion hat das Stadtwerk neben dem Vertrieb ... insbesondere im Bereich der Energieeffizienz- und Energiesparmaßnahmen, erhebliche Potentiale.

Insofern müssten Sie zumindest vielleicht mal als Vorschlag wenigstens das Sondervotum Ihres eigenen Sachverständigen gelesen haben, weil der das auch empfiehlt, sich auf diese Säule Energiedienstleistungen zu begeben. Die Eigenkapitalerhöhung wird sukzessive erfolgen, je nach Bedarf. Das wird nicht alles auf einmal angeschoben, sondern tatsächlich nach einem Wirtschaftsplan, der jetzt aufgestellt werden kann. Wenn die Gesetzesänderung das Parlament passiert, werden wir in die Eigenkapitalerhöhungen gehen, und Sie von der CDU müssen sich da zumindest mal entscheiden, ob es zu wenig oder zu viel ist, denn gleichzeitig kann es nicht beides sein. Das klang bei Ihnen zumindest so an.

Wenn man sich anschaut, dass wir uns jetzt in diesem Marktumfeld bewegen, wo eben die Großen ihr Umsteuern schwerfällig hinbekommen, sind wir mit einem kleinen flexiblen Akteur wie dem Stadtwerk – auch wenn sie wachsen, sind sie immer noch ein kleiner und flexibler Akteur, wenn ich das so sagen darf – nicht wir diejenigen, die hier als schwerfällige Behörde in diesem Markt unterwegs sind, sondern sind wir diejenigen, die den Wettbewerb hier auch mit antreiben können, weil wir eben als klarer Akteur dieser Energiewende mit Klimaschutz als Kernaufgabe hier sehr eindeutig aufgestellt sind.

Ich finde es richtig und gut, wenn ich noch mal an den Volksentscheid anschließen darf, dass die Frage der Bürgerbeteiligung und Bürgernähe eine Rolle spielt. Die Mieterstrommodelle stehen Pars pro Toto für das, was wir da auch mit der Bürgerbeteiligung und der Bürgernähe vorhaben, und insofern finde ich, dass wir mit dem Gesetzentwurf, wenn das Parlament dann auch so beschließt, eine sehr gute Handlungsgrundlage haben, um das Berliner Stadtwerk auch wachsen zu lassen, um in diesem sich verändernden Umfeld die Energiewende als zentraler Akteur auch mit voranzutreiben. Sie wissen, dass die Stadtwerke ihren Anteil an der Energieerzeugung auch bundesweit nach oben schrauben wollen. Wir wollen uns daran beteiligen. Und Herr Kieser hat aus meiner Sicht sehr deutlich gemacht, wohin die Reise gehen kann, wie man eben auch wachsen kann und als Stadtwerk kommunaler Art die Energiewende als Akteur befeuern kann.

Ich kann mir dann auch eine kleine Nebenbemerkung nicht verkneifen: Ich glaube, man sollte beim Thema Rekommunalisierung jetzt nicht allzu sehr in unsere Richtung gucken. Sie haben es angesprochen, Sie haben mit der EnBW die Zusammenarbeit in Stuttgart, und ich glaube, EnBW ist von Herrn Mappus und nicht von Herrn Kretschmann rekommunalisiert worden, aber das ist vielleicht auch eine etwas andere Geschichte.

Wir wollen also nicht abwarten, wie sich der Energiesektor selbst aufstellt für die Energiewende. Wir wollen das vorantreiben. Wir wollen aktiv einsteigen mit dem Stadtwerk, und das werden wir hoffentlich auch bald richtig angehen können, wenn wir die gesetzlichen Beschränkungen hinter uns gelassen haben.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Ganz lieben Dank dafür! – Die Zeit ist etwas fortgeschritten. Wir hatten uns vorgenommen, das bis 17 Uhr abzuschließen, vielleicht können wir noch etwas länger machen, weil vielleicht die Besprechung der Gesetzesempfehlung nach dieser Anhörung dann doch relativ zügig vorangeht. Ich würde doch vorschlagen – – Herr Swyter, ganz kurz! – [Zuruf von Florian Swyter (FDP)] – Sie hatten sich nicht gemeldet, ich würde sagen, wir machen das noch, aber wir müssen dann wirklich sehr aufpassen, dass wir zeitlich hinkommen, denn die Herren wollen Sie auch noch mal hören mit einem Drei-bis-fünf-Minuten-Statement. – [Zuruf von Frank Jahnke (SPD)] – Wir machen das jetzt noch mal kurz, bitte, wer noch Fragen hat, soll sich noch mal melden. – Herr Swyter, wunderbar! Die anderen Fraktionen haben teilweise schon zweimal gesprochen. – Dann lassen wir Sie jetzt noch gerne, bevor wir dann zur Schlussrunde kommen.

Florian Swyter (FDP): Eine ganz kurze Vorbemerkung möchte ich machen: Es ist schon ungewöhnlich, wenn die Sachverständigen quasi Zensuren von Ihnen bekommen, Herr Stroeder. Ich glaube nicht, dass sie deswegen hierhergekommen sind, um sich Zensuren erteilen zu lassen, insbesondere ist es deshalb befremdlich, weil Sie selbst den Gegenstand dieser Anhörung durch Bemerkungen im Hinblick auf EEG oder auch auf die Bemerkung zu Gas und Wasser selber ausgeweitet haben, insofern wurde nicht das Thema verfehlt, sondern entsprechende Rahmenbedingungen wurden schlichtweg in den Blick genommen, die zu diesem Thema gehören. Diese Bemerkung musste ich machen.

Die zweite Bemerkung ist, dass wir in der Enquete-Kommission in der letzten Legislaturperiode, Henner Schmidt hat es gerade angesprochen, nicht dabei waren, insofern erlauben wir uns selbstverständlich, die grundsätzliche Frage zu stellen, ob diese Regierung mit diesem Vorhaben, die Stadtwerke sozusagen auszuweiten bzw. sie zu ertüchtigen, wie Sie das selbst sagen, nicht an der falschen Ecke abgebogen ist. Wenn man merkt, man ist auf der falschen Straße unterwegs, ist es manchmal auch geboten zurückzukehren, und das ist eine Position, die wir hier ganz klar vertreten.

Eine Frage noch mal an Prof. Dr. Zimmer: Gibt es überhaupt einen Beleg dafür, dass der Staat der bessere Unternehmer ist, denn das ist das, was hier mitschwingt und was behauptet wird. Die eierlegende Wollmilchsau ist sozusagen nur das Land Berlin in der Lage zu schaffen. Ich habe dafür keinen Beleg, und auch das, was angeführt wird, dass Aktiengesellschaften im Nachteil sind, weil sie beispielsweise Dividenden ausschütten, dafür gibt es keinen Beleg, dass sie dann deshalb die Aufgaben als Energieversorger schlechter erfüllen können als die Stadtwerke. Es ist mir also immer noch nicht klargeworden, wo der Vorteil eines Stadtwerks liegen soll. Entweder haben wir gleiche Rahmenbedingungen, dann sehe ich keinen Vorteil für die Stadt, oder wenn es nicht die gleichen Rahmenbedingungen sind, dann haben wir eine Wettbewerbsverzerrung.

Meine zweite Frage bezieht sich ganz speziell auf die Aussage von Herrn Horn. Sie haben gesagt, großes Potenzial sind die Energiedienstleistungen, wenn man das richtig macht, dann

kann man da auch gutes Geld verdienen, und haben aber im gleichen Atemzug gesagt, diese Stadtwerke stünden da im Wettbewerb mit Handwerkern und Ingenieurbüros. Das hieße im Erfolgsfalle, dass genau diese Gruppen – Handwerker und Ingenieurbüros – von diesem Stadtwerk verdrängt würden. Ist das so? Das wäre in der Tat eine bemerkenswerte Folge.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: In der Tat! – Und wir beschließen diese Fragerunde jetzt mit Herrn Kollegen Kössler. Damit ist auch klar, dass es dazu die letzte Frage ist, und dann kommen die Herren. – Bitte!

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zensuren wollen wir hier wahrlich nicht vergeben, aber da Sie so nett waren und eine Buchempfehlung gegeben haben, möchte ich auch eine machen. Der Enquete-Bericht ist eher ein ausgewogener Bericht – im Konsens beschlossen –, aber das Buch von Naomi Klein, Kapitalismus gegen das Klima, das wäre, glaube ich, das entsprechende Pendant. Alle Meinungen sind ja erlaubt.

Ich hätte eine Frage an Prof. Hirschl, weil anscheinend in den Reihen der Opposition noch nicht ganz klar ist, worum wir das hier alles machen. Wir machen ein Stadtwerk nicht als l’art pour l’art, einfach nur, weil wir jetzt als rot-rot-grüne Koalition hier mal ein bisschen rekommunalisieren wollen. Es gibt gute Gründe dafür. Prof. Hirschl hat schon ein paar genannt, und ich würde von ihm gerne noch mal im Zusammenhang mit dem BEK wissen: Was sind denn die eigentlichen Aufgaben, die das Stadtwerk machen kann und eigentlich machen sollte? Ob sie darauf noch mal ein bisschen näher eingehen können und auf die klimapolitische Notwendigkeit, die auch hinter dem BEK liegt, und warum wir gerade jetzt dort mit 100 Millionen reingehen sollten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Wir können jetzt gerne mal von der anderen Seite anfangen, nämlich von Z bis A. Wenn wir das so machen, dann würden Sie jetzt anfangen, Herr Zimmer!

Prof. Dr. Daniel Zimmer (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn): Vielen Dank! Ich mache es kurz. Für die Buchempfehlungen bin ich aufrichtig dankbar. Sie haben gemerkt, dass ich mich eher grundsätzlich mit den Themen befasst habe. Ich komme ja auch von außerhalb, also dass ich hier noch nicht jede Berliner Besonderheit einbezogen habe, mögen Sie mir nachsehen. „Thema verfehlt“ – in dem Moment, als Sie das sagten, Herr Stroedter, habe ich mich gefragt: Hat er recht? – Als dann Frau Senatorin Pop gesprochen hat, habe ich wieder gedacht, nein, das sind eigentlich die Themen, die ich jedenfalls auch angesprochen hatte: Erzeugung und Vertrieb, kann man damit etwa wirksame Klimapolitik machen? Dazu habe ich mich geäußert, und da liegen wir vielleicht ein bisschen auseinander, dafür sind solche Anhörungen auch da, dass man zu derartigen Schlüssen kommt.

Herr Swyter, Sie hatten noch gefragt: Gibt es einen Beleg dafür, dass der Staat der bessere Unternehmer sei? – Vor einer Reihe von Jahren hat man immer umgekehrt gefragt. Gibt es Belege dafür, dass der Staat der schlechtere Unternehmer ist, etwa weil Beamte kein eigenes Geld einsetzen, und sie vielleicht deshalb nicht die gleiche Aufmerksamkeit als Überwacher einer wirtschaftlichen Tätigkeit aufwenden wie Menschen, die eigenes Geld investieren? Das waren so die Diskussionen, die in den Neunzigerjahren zu einer Privatisierungsinitiative geführt haben. Nicht alles ist gut geworden, was privatisiert worden ist – das möchte ich hier überhaupt nicht suggerieren –, aber damals gab es eine große Diskussion darüber, ob der Staat

der weniger effiziente Unternehmer ist. Dass er jetzt der effizientere sein soll, obwohl man an vielen Stellen auch Aufsichtsversagen feststellt, das würde mich wundern, wenn der Staat jetzt der bessere Unternehmer wäre. Und mit dem Stichwort Wettbewerbsverzerrung haben Sie natürlich auf einen Punkt hingewiesen. Hier wurde in der Diskussion auch gesagt, ich glaube, von Herrn Kieser oder von Ihnen, Herr Simon, man hat die Chance zu sagen, wir sind der örtliche Anbieter, also Ihr Kunden habt ein Motiv, bei uns einzukaufen. Immer wenn die öffentliche Hand in Konkurrenz mit Privaten tritt, ist das natürlich schwierig für die Privaten, schon deshalb, weil man auf unterschiedlicher Finanzierungsgrundlage im Wettbewerb steht. Kommunen gehen nicht pleite. Kommunen haben andere Finanzierungssätze als Private. Und dementsprechend spricht diese grundsätzliche Beobachtung dann auch wieder dafür zu sagen, dass der Staat sich vielleicht dort, wo ein Angebot auch durch Private möglich ist und zustande kommt, dann vielleicht doch eher zurückhalten sollte. – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Ich danke Ihnen! – Herr Simon!

Jörg Simon (BWB): Vielleicht vorneweg noch mal zwei, drei Grundsatzbemerkungen: Ich glaube, das eine wichtige Ziel muss man im Auge behalten, das ist, dass die Städte in Zukunft wirklich die maßgeblichen Lebensräume werden und dass wir riesige Aufgaben vor der Brust haben in puncto Klimapolitik. Und deswegen glaube ich, dass es ganz wichtig ist, dass die Städte auch diese Aufgaben steuern, das heißt, das alles, was dazu beiträgt, das Klima zu optimieren und Treibhausgase zu senken, auch auf den richtigen Weg bringen. Deswegen, glaube ich, braucht man eine Einheit. Meine Erfahrung ist, dass die großen Konzerne – – Und deshalb verstehe ich nicht so ganz, warum man diesen großen Konzernen das Heil so zuspricht, wenn Sie gucken, wie sich RWE, E.ON, Vattenfall, EnBW insgesamt in ihrem Marktgebaren und in ihrer Preispolitik verhalten haben, und die sind alle im Moment als Börsenunternehmen kurz vor der Wand, weil sie sich überhaupt nicht flexibel gestaltet haben, weil sie sich überhaupt nicht an Veränderungen angepasst haben etc. Und ich kann Ihnen ehrlich sagen, ich habe selber jahrelang für Konzerne gearbeitet, und Konzern sieht einen Konzern aus der Zentrale, und dann hat man eine Stadt, ein Projekt, und das Projekt bringt einen Cashflow für bestimmte Sachen. Ich will das gar nicht schlechtreden, aber das kann ziemlich an der Stadt vorbeigehen.

Ich glaube, an der Stelle ist es wichtig, dass eine Stadt dieses Thema in die Hand bekommt. Ob man nachher an Stellen Dienstleister einschaltet, das ist eine ganz andere Frage, das muss man auch, denn alles selbst zu machen, ist völliger Blödsinn. Aber man muss das Thema in die Hand bekommen – das ist das Erste –, und das Zweite ist: Man muss sehen, dass man es mit seinen Erwartungen nach vorne bringt.

Von daher zu Ihrer Frage nach den Netzen und Produktionskapazitäten, warum man überhaupt so etwas ohne machen kann: Die großen Unternehmen wären doch froh, wenn die Produktionskapazitäten weg wären, weil damit im Moment alle in Riesenabschreibungen gelandet sind. Von daher ist es im Moment sinnvoll, vor dem Hintergrund der möglichen Flexibilisierung ein Unternehmen zu haben, das man aufbaut und das eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit hat, um dann auch noch mal ganz neue Akzente zu setzen. Das Beispiel mit dem Karpfen und dem Hecht, das ich vorhin gebracht habe, ist an der Stelle durchaus anwendbar.

Nun zu Ihren Fragen: Sie fragten nach den Kooperationspartnern. Für uns ist ganz klar: Personalausstattung, wir werden da nicht einfach 100 Leute draufsetzen und sagen, jetzt haben wir auf einmal 110 Leute und dann geht das so weiter, sondern wir werden sukzessive mit dem Erfolg des Unternehmens Leute einstellen, denn wir müssen um die Akzeptanz kämpfen, und ansonsten externe Dienstleister beauftragen. Wir haben jetzt den BIM-Auftrag für die landeseigene Wohnungsgesellschaft, und deswegen noch mal zu der Frage: Wie werden kleine Unternehmen verdrängt? – Das haben wir mit externen Unternehmen vor Ort gemacht. Das waren die Handwerksbetriebe, die wir eingebunden haben. Die ganzen Leistungen sind vergeben worden. Wir steuern das und haben die Planungsleistungen zum Teil selbst erbracht, aber auch viel mit kleinen Unternehmen erbracht, sodass es eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, wie man das einsetzen kann.

Wo liegt der Preis? – Herr Taschner! Sie fragten, wo der Preis im Vergleich liegt. – Im Moment ist es so, dass wir unter dem Basistarif von Vattenfall liegen, also unter dem Tarif, den Vattenfall 70 Prozent seiner Kunden anbietet – sogar deutlich darunter. Wir wollen jetzt aber nicht in einen Preiskampf eintreten, weil wir den unserer Ansicht nach nicht gewinnen können. Für uns ist es wichtig, dass wir als Unternehmen dafür stehen, dass wir die Energiewende voranbringen und einen vernünftigen Preis haben, der unter dem Grundversorgungstarif liegt, aber dass wir irgendwo auch die Akzeptanz über die Aufgabenerfüllung, die wir dort vor Ort erbringen, haben wollen. Die Frage der Bürgerbeteiligung sollte in dem Zusammenhang mit einer Rolle spielen. Im ersten Schritt versuchen wir erst mal, über Kreditmöglichkeiten Bürger zu beteiligen. Danach muss man sehen, wie man das im Rahmen von Genossenschaftsanteilen etc. macht und sagt, dass man vielleicht verschiedene Projekte bündelt und die Bürger daran beteiligt – vielleicht sogar am Stadtwerk, das muss man sehen. Da gibt es einige Sachen, die möglich sind, das müssen wir dann auch mit dem Land Berlin diskutieren.

Herr Stroedter! Sie hatten gefragt, wie wir eine Marke aufbauen wollen. – Wichtig ist: Wir müssen eine Marke haben. Wir sind das Berliner Unternehmen, aber Billigheimer ist nicht unsere Richtung. Sicherlich werden wir diesen Ansatz auf verschiedene Arten fahren müssen, ich glaube, dass man da auch die Netzwerke nutzen kann. Wir müssen versuchen, die Menschen, die für die Energiewende in Berlin gestimmt haben, wieder nach vorne zu kriegen, damit sie die Umsetzung unterstützen können.

Wie wollen wir mit dem Kapital umgehen? – Bisher haben wir versucht, unsere Projekte – so gut es geht – fremd zu finanzieren, weil das auch immer für die Marktwirtschaftlichkeit dieser Projekte wichtig ist. Deswegen werden wir das Kapital so abrufen, wie wir es brauchen, das ist ganz klar. Ich hatte eben 20 Prozent Eigenkapital gesagt, das ist das, was wir im Moment realisieren. Das hängt immer von den Projekten ab, aber das wäre, glaube ich, der Weg.

Zur Personalausstattung hatte ich gerade schon gesagt, dass wir jetzt nicht 100 Mitarbeiter drauflegen. Im Moment ist geplant, für die nächsten ein, zwei Jahre 30, 40 zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Mit dem Erfolg wird das kommen und größer werden.

Wir sehen klar die Synergien im Rahmen der anderen gebundenen Leitungsträger wie Strom, Gas und Wasser. Nehmen Sie mal das Thema Mehrspartenhausanschluss! Wenn Sie nach München oder woandershin sehen, dann gehen Sie als Hausbesitzer zu einem Unternehmen und sagen, Sie möchten einen Hausanschluss haben. In Berlin gehen Sie für Wasser/Abwasser zu den Wasserbetrieben, für Gas zur GASAG und für Strom zu Vattenfall. Sie haben also drei Behördengänge, die Sie machen müssen. Dazu kann man nur sagen: Ein Mehrspartenhausanschluss ist ein wichtiges Thema.

Zum Thema Betrieb Entstörungsdienst und Betrieb IT-Zentrale: Das kann man alles zusammen machen. Da gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, die man nutzen kann. Insgesamt finde ich beim Thema Netze wichtig, dass man mit den Netzen gestalten kann. Das war das, was Herr Wolf eben sagte. Wenn Sie die Energiewende umsetzen wollen – und Energiewende geht viel stärker in Richtung dezentrale Einheiten –, dann müssen Sie das Netz so ausbauen, dass die dezentralen Einheiten besser verbunden werden, aber daran hat Vattenfall im Moment kein Interesse, weil das gegen das normale Geschäft geht. Die werden zwar auch solche Projekte machen, aber im Endeffekt muss man das Thema bewusst nach vorne bringen.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Simon! – Herr Kieser!

Olaf Kieser (Stadtwerke Stuttgart): Ich finde diese Diskussion sehr spannend, weil es ein bisschen um Entweder-oder geht. Ich sehe das eher als ein Sowohl-als-auch und glaube, man sollte durchaus – das sehe ich aus Sicht der Stadtwerke Stuttgart – die Chancen und die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Stadtwerken sehen. Der Eigentümer kann eine Kommune sein. Wir als Stadtwerke sind eine Gesellschaft und haben natürlich einen normalen wirtschaftlichen Managementauftrag. Deshalb habe ich vorhin kurz darüber berichtet, woher ich komme: Ich bin Manager einer Gesellschaft. Es ist übrigens bei den Energieversorgern nichts Ungewöhnliches, wenn ein Land oder die Kommune beteiligt ist, das ist überhaupt kein Widerspruch, sondern dabei geht es darum, dass sich Stadt und Stadtwerke gemeinsam Ziele überlegen und gemeinsam überlegen, wie sie die Energiewende in eine Stadt bringen. Dabei ist die Stadtentwicklung – was ich vorhin sagte – ein wahnsinnig wichtiges Feld. Ich gebe Ihnen recht: Man muss aufpassen, dass man mit Inhouse-Vergaben nicht die Innovationskraft schmälert. Deswegen machen wir beides: zum einen mit der Stadt die Stadtentwicklung, wo wir – was ich vorhin kurz zu beschreiben versuchte – auch das Thema Smart City zu beleben und auszubauen versuchen, denn da kann die Stadt mit Bebauungsvorgaben wahnsinnig viel tun. Das ist wirtschaftlich vertretbar – und auch für die Bürger, denn – wie ich vorhin schon sagte – das Emotionalisieren hat wie alles damit zu tun, wie man Bürger dazu bringen kann, dass sie diese Energiewende überhaupt sehen. Wir sind aber auch in Stadtgebieten unterwegs und haben aktuell ein Projekt, bei dem Privatinvestoren tätig sind.

Dort versuchen wir, einen gesamten Stadtteil energiewendeready zu machen – wie wir das nennen –, also praktisch einen Null-Energie-Stadtteil zu entwickeln, ohne jegliche CO₂-Emission. Natürlich werden wir da mit Partnern in der Innovationskraft gefordert. Die Energiewende in die Stadt zu bringen – egal ob nun Berlin oder Stuttgart – ohne zusätzliche Innovation, ohne Digitalisierung und ohne das Ganze smart zu machen, halte ich für extrem schwierig. Deswegen glaube ich nicht, dass das ein Widerspruch ist. Man kann die Kommune, die Stadt und die Ämter in der Stadt als Partner sehen – so machen wir das als Gesellschaft, als Wirtschaftsunternehmen –, dass wir da Hand in Hand gute Projekte gemeinsam machen.

Vorhin wurde kurz das Thema Netze angesprochen: Natürlich kann man als Energieversorger – das haben fast alle – ein Netz- und ein Vertriebsgeschäft führen. Da gibt es die Unbundling-Richtlinien, in denen klar geregelt ist, welche Informationen man untereinander austauschen kann. Ich glaube schon, dass man – neben dem Klimaschutz bei den Stadtwerken – auch preisgünstig anbieten kann, nämlich dann, wenn man die Netze effizient gestaltet. In aller Regel sind die städtischen Netze effizienter als regionale, wie ich aus der Steiermark berichten kann. Wir mussten dort jeden Skilift anschließen, das heißt, die haben ein relativ großes Netz, die EnBW auch. Da sind natürlich Städte wie Stuttgart oder Berlin wesentlich effizienter, was letztlich auch zu einem Preisvorteil für die Kunden führt. Da muss man immer realistisch sein, der Energieanteil am Tarif eines Privatkunden ist relativ gering, ich glaube, kleiner als 20 Prozent, der Rest ist Netz und Abgaben.

Die neuen Produktwelten, die Sie hinterfragt haben, betreffen genau die Kombination, dass man sagt, man möchte Photovoltaik, Photovoltaik muss in der Stadt ein Treiber sein, weil es nun mal die Dächer und Gebäudefassaden sind, um Energie zu erzeugen. Und man kann noch Geothermie nehmen. Wir setzen auch Abwasserwärmepumpen ein. Das alles ist eine Frage der Projekte, wo was verfügbar ist. Dann geht es aber darum, das zu kombinieren. Wir halten – was ich vorhin zum Thema Elektromobilität und Speicher sagte – es auch wirtschaftlich für interessant, daraus Projekte zu entwickeln, denn letztlich ist die Mehrpreisbereitschaft der Kunden doch erheblich, wenn es um Umweltschutz und neue Produkte ausprobieren geht.

Auch wir arbeiten an Beteiligungsmodellen, aber das ist noch nicht gelauncht. Zurzeit sind wir da in der Entwicklung. In Summe: Ich bin mir sicher – das zeigt auch unsere Entwicklung der Zahlen –, dass ein Stadtwerk wirtschaftlich zu betreiben ist, dass es innovativ sein kann, dass wir preisgünstig und wettbewerbsfähig anbieten können und dass wir auch über die Netze – in unserem Fall Stuttgart – einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit liefern, weil wir die Netzbetreiber vor Ort sind.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Herr Horn, Ihr Statement!

André Horn (BDO): Ich mache es kurz. – Eine Frage war: Wie kann man das so gestalten, dass es sich rechnet? – Ich nehme die drei Bereiche auf, die die Senatorin genannt hat: Erzeugung, Vertrieb und Dienstleistung. Das mit Abstand größte Potenzial hat der Bereich Energiedienstleistungen. Dort würde ich anstelle des Stadtwerks die meiste Energie reinstecken.

Zu den Bereichen Vertrieb und Erzeugung – ich komme aus Hamburg, und die Hamburg Energie ist unser Mandant: Hamburg Energie ist ein absolutes Erfolgsmodell, aber die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Die sind dort seit sieben oder acht Jahren am Markt, haben den

Anfangsverlust noch nicht abgetragen, machen ungefähr 1 Million pro Jahr Ergebnis, haben zwar 110 000 Kunden, haben aber diese 110 000 Kunden auch deshalb, weil sie zu einem relativ günstigen Zeitpunkt gegründet worden sind. Da spielte nämlich Fukushima da hinein. Da haben die einen Riesensatz von Kunden gemacht. Das wollen wir nicht, dass sich das wiederholt, glaube ich, das macht es da leichter. Es gibt natürlich auch andere Ansätze, wie man das fördern kann. Zum Beispiel kann man mal an Kuppelprodukte mit dem Verkehr denken und das auch befördern.

Zum großen Bereich der Energiedienstleistungen war die Frage: Verdrängt man Handwerker und Ingenieure? – Dazu möchte ich zwei Punkte nennen. Zum einen wächst der Markt riesig, das heißt, die Energiedienstleistungen werden immer mehr. Wenn ich mich über meine Heizung beraten lasse, dann gehe ich in erster Linie zu meinem Heizungsbauer oder zu irgendeinem Ingenieurbüro und nicht in erster Linie zum Stadtwerk. Das sind Bereiche, in die man mit reingeht, und damit verdrängt man schon, soweit es ein Verdrängen gibt in einem wachsenden Markt. Man ist ein neuer Player in einem großen Markt, und insofern ist vielleicht Raum für alle.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Danke, Herr Horn! – Zum Schluss, Herr Prof. Dr. Hirschl!

Prof. Dr. Bernd Hirschl (IÖW): Vielen Dank! – Ich möchte mit einem Argument anfangen, das in solchen Diskussionen immer mal wieder als pauschales Totschlagargument auftaucht: Man müsse sich doch eigentlich nur auf den CO₂-Handel verlassen, und viele Dinge bringen doch eigentlich gar nichts. – Wenn wir uns auf den CO₂-Handel verlassen würden, dann würden wir heute noch nicht von irgendwas sprechen, was den Namen Energiewende verdienen dürfte. Der hat bisher noch nicht sonderlich viel bewirkt, aber selbst, wenn er funktionieren würde, dann würde er uns bei der Transformation des Energiesystems nicht zielgerichtet helfen können. Das heißt, wir müssten ihn ohnehin mit einer Reihe von Aktivitäten und Rahmenbedingungen flankieren. Es bleibt dabei: Wir brauchen die aktiven Akteure, die diese Rahmenbedingungen dann aufgreifen, und darüber reden wir, über aktive Akteure. Wenn wir das Ziel, den günstigsten Preis zu erzielen, wie das möglicherweise in vergangenen Jahrzehnten mal Thema war, als alleiniges oder ganz zentrales verfolgen würden, auch dann würden wir dem Ganzen nicht gerecht werden. So etwas sollten wir wirklich mal beiseitelegen.

Es ist klar, dass das Stadtwerk wettbewerbsfähige Preise anbieten muss. Dieser wettbewerbsfähige Preis kann aber auch für Berlin bedeuten: Wenn man es schafft, eine attraktive – Herr Horn hat schön einige Eigenschaften geliefert, Herr Kieser hat auch darüber berichtet – Berliner Marke zu etablieren und dann auch genügend Kunden zu erreichen, dann muss das nicht der billigste oder günstigste Preis sein, sondern einer, der im Markt bestehen kann. Wettbewerbsfähige Preise, Angebote und Geschäftsmodelle, das verweist auf eine Vielzahl von Fragen: Was können die tun? Was sollten die tun? – Wir sind selber aktuell an diesen SINTEG-Vorhaben beteiligt, an zwei größeren. Bei WindNODE sind wir gemeinsam unterwegs und genauso bei Designetz. Das wird von Innogy geleitet, und Designetz hatte vor Kurzem Auftakt. Dort hätten Sie mal die Rede von Peter Terium, dem ehemaligen RWE-Vorsitzenden und jetzt Innogy-Vorsitzenden, hören sollen. Das war eine Art Bewerbungsrede für Sie eigentlich, für das Stadtwerk. Wahrscheinlich wollte der Ihnen Konkurrenz machen oder bei uns den Job haben. Das war ganz erstaunlich. Da können Sie ganz viele Geschäftsmodelle

nachlesen, die sich Innogy auf die Fahnen schreibt. Herr Terium hat nur ein Problem: Er hat einen riesengroßen Moloch am Hals, der eben alte Geschäftsmodelle verfolgt.

Da kommen wir im Grunde zu dem, was das Stadtwerk ausmacht: Das Stadtwerk ist klein, flexibel und vom Geschäftszweck – Stand heute – und dem, was jetzt ins Buch geschrieben wird, zu neuen Geschäftsmodellen verpflichtet, und da gibt es eine Menge zu tun. Das wollen die etablierten Player jetzt auch angehen, und teilweise machen Sie es schon, aber wir brauchen so viel Dynamik und einen zielgerichteten Zugang zu so einem Akteur, um viele Dinge voranzutreiben, auch wenn sie der Rendite nach nicht höchst wirtschaftlich sind. Die Wirtschaftlichkeit macht sich daran fest, wie viel Rendite ich haben will. Da habe ich eine Schraube, die ich auch nach unten korrigieren kann. Im Zweifel muss ich sagen – möglicherweise müssen dann mal der Aufsichtsrat oder diejenigen ein Auge zudrücken, die auf die Rendite schauen –: Es müssen Geschäftsfelder und Märkte angeschoben werden, und ich muss mich mit etwas weniger Rendite zufriedengeben, um das zu entwickeln und in Berlin eine Dynamik in Gang zu setzen.

Ich habe eine Reihe von Punkten genannt, um auf die Geschäftsfelder zu kommen, aber einige möchte ich noch hervorheben, weil danach gefragt wurde. Wir haben das Thema Photovoltaik. Wir haben ein enormes Potenzial für Solarenergie, und es tun sich jetzt Fenster auf. Wenn Sie die Debatte um Mieterstrommodelle verfolgen, dann haben Sie vielleicht wahrgenommen, dass darin nicht nur ein riesiges Potenzial steckt, sondern dass im Moment auch die Rahmenbedingungen verändert werden. Wir brauchen einen Akteur, der das gezielt erschließt – es gibt auch einige andere in Berlin; Kooperationen, Fusionen oder was auch immer sind nicht ausgeschlossen – und der dann auch gezielt die öffentlichen Dächer dafür nutzt. Die Themen Sektorkopplung und Flexibilisierung stehen auf der Agenda und werden in solchen Vorhaben wie WindNODE von einzelnen Akteuren mit vorangetrieben, aber da braucht es mehr Akteure. Ich möchte Herrn Kieser zitieren: Es geht hier nicht um ein Entweder-oder, sondern die stehen Seite an Seite und müssen das gemeinsam voranbringen.

Ein bisschen spannender wird es schon beim Thema Wärmewende. Dort haben wir noch nicht sonderlich viel im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, bei öffentlichen Gebäuden, bei Privaten und bei der Quartiersentwicklung. Wenn Sie dann mal das Thema Transformation der Fernwärme durchdeklinieren, wird es besonders spannend. Da brauchen wir noch Expertise, und dafür ist das Stadtwerk überhaupt erst mal zu entwickeln. Möglicherweise muss man da noch Know-how hinzukaufen. Da gehen Wärme- und Effizienzwende zusammen. Das verweist auf die Frage: Na ja, wir haben schon Akteure, wie zum Beispiel die BEA. – Na klar! Die BEA bedient im Moment Geschäftsmodelle und -felder, die sehr ähnlich sind wie der Aufgabenkatalog, den wir jetzt dem Stadtwerk zuschreiben. Möglicherweise liegt es dann nahe, dass die eng miteinander kooperieren oder sogar zusammengehen. Was wir nicht haben, ist eine Berliner Energieagentur, die das macht, was Energieagenturen eigentlich machen sollen, nämlich eine wettbewerbsneutrale Beratung für eine große Vielzahl von Akteuren, die wir auch mitnehmen. Es ist ein bisschen schwierig, wenn Sie als Wettbewerber am Markt sind und einen guten Job machen, dass Sie dann neutral für Unternehmen, Privatpersonen und unsere Prosumer, die jetzt an den Start gehen sollen, eine neutrale Beratung machen. Also brauchen wir so etwas, und dafür braucht es ein Modell, wie man das auseinanderdividiert.

Noch zwei kurze Punkte, weil ich auch zur Bürgerbeteiligung und zu FuE gefragt wurde: Bei der Bürgerbeteiligung haben Sie mich missverstanden. Es ging darum, die Bürger über direkte

oder indirekte Modelle an Investitionen zu beteiligen. Im Moment ist klar: Die Finanzierung erfolgt über SIWANA, das ist abgeklärt. Wir können aber zusätzliches Kapital generieren, indem wir Bürger beteiligen, und die Bürger wollen in dieser Art und Weise auch beteiligt werden. Damit können wir im Grunde genommen die Identifikation mit dem Unternehmen, aber auch das Eigenkapital noch weiter erhöhen.

Zuletzt FuE: Es gibt auch da viele spannende Projekte in Berlin, weil sich Berlin einfach anbietet. Das ist ein Schaufenster, auf das alle gucken – auch international –, und insofern ist das Stadtwerk dann ein Player von vielen, mit denen wir gut solche Projekte entwickeln können. Wir haben dazu bereits spannende Themen diskutiert. In der Digitalisierung haben wir 50 Professuren/Lehrstühle geschenkt bekommen, weil das richtigerweise als ein wichtiges Thema identifiziert wurde. Mir schwebt vor, dass wir solche 50 Professuren auch für die Energiewende in Berlin schaffen, mit der Headline „Urbane Energiewende“. Da müssen wir in den Bereichen Wissenschaft und FuE vorankommen. Ich glaube, dass darin ein Riesenpotenzial steckt. Und auch in der Kombination urbane Energiewende und Digitalisierung – Internet der Energie steckt ein Riesenpotenzial für Start-ups, Gründungen usw. Insofern ist das Thema FuE ein großes, das Berlin gut bedienen kann.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Vielen Dank! – Wir sind jetzt am Ende dieser Besprechungspunkte. Die Besprechungen werden insofern abgeschlossen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Anzuhörenden. – [Allgemeiner Beifall] – Wenn Sie Lust haben, dürfen Sie selbstverständlich noch an der Debatte zur Einbringung des Gesetzesantrags bei uns bleiben, aber wenn Sie möchten, sind Sie auch gern entlassen.

Olaf Kieser (Stadtwerke Stuttgart): Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! – Ich muss zum Flieger und wünsche Ihnen noch eine schöne Sitzung.

Vorsitzender Frank-Christian Hansel: Viel Spaß beim Abflug! Noch geht es.

Punkt 4 der Tagesordnung (alt 3)

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
Drucksache 18/0116

[0016](#)
WiEnBe
Haupt

Gesetz zur Änderung des Berliner Betriebe-Gesetzes (BerlBG)

– Vorabüberweisung –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung (alt 4)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.